

# Danziger Zeitung.

Nr. 17087.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Insertate kosten für die sieben-gepflastete gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

## Vom Kaiser.

Berlin, 25. Mai.

Die Feierlichkeiten waren, wie es scheint, doch stärker wie der Kaiser. Die Nachwirkungen machten sich schon gestern Abend in einer leichten Steigerung der Temperatur geltend. Die Nacht war nicht schlecht, aber nicht so gut wie die vorhergehende. Die Eiterung hat nicht zugenommen. Die Aerzte, die zur Morgenkonfultation erschienen, sandten den Kaiser noch zu Bett, constatirten aber, daß Fieber nicht vorhanden sei. Der Appetit war heute sogar wieder besser als gestern. Immerhin wünschten (wie schon telegraphisch gemeldet ist) die Aerzte, auch mit Rücksicht auf die kühlere Temperatur, daß der Kaiser auf eine Ausfahrt verzichten möge. Indessen brachte er vor Tisch einige Zeit im Park zu. Ein Tag für die Übersiedlung nach Potsdam, die, wie jetzt wieder behauptet wird, zu Wasser erfolgen soll, ist natürlich noch nicht bestimmt.

Von einer in diesen Tagen seitens der Kaiserin beabsichtigten Reise nach den Überschwemmungsgebieten der Weichsel ist hier nichts Bestimmtes bekannt.

Von heute wird uns telegraphiert:

Berlin, 26. Mai, 12 Uhr Mittags. (W. L.) Der Kaiser hatte eine gute Nacht und fühlt sich gestärkt. Jetzt verweilt er im Park.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 26. Mai.

## Bon der gestrigen Abgeordnetenhaus-Sitzung,

über deren Ergebnisse schon in unseren heutigen Morgentelegrammen berichtet ist, entwirft unser Berliner J. Correspondent folgendes Bild:

Auf der rechten Seite des Hauses ging es heute im Abgeordnetenhaus sehr geräuschvoll und garnicht aristokratisch her. Die Herren, welche auf Geheiß der Regierung ihre „Ueberzeugung berichtig“ hatten, fühlten sich in sehr unbehaglicher Situation und ließen dies gar zu deutlich durchblicken. Dem Centrum war es auch nicht sehr wohl zu Muthe; aber seine Redner wußten sich doch mit parlamentarischem Geschick über die Lage hinweg zu helfen. Die Conservativen, welche im „Umfall“ begriffen waren, verstanden jedoch nicht, ihre peinliche Situation mit einem Anstand zu verhüllen. Gegen Hr. v. Gerlach, der, wenn er seinen gewohnten Standpunkt auf der äußersten Rechten vertritt, mit einiger Ruhe und Würde auftritt, war heute als Opportunist wie umgewandelt und schlug nach allen Seiten um sich. Die conservative Masse zeigte ihre Unbehagen durch die große Unruhe, von welcher sie um so mehr erfaßt wurde, je länger die Sitzung dauerte. Selbst wenn die Minister sprachen, war es in dem Hegenkessel auf der Rechten nicht ruhig.

Der Präsident Herr v. Kölle war der durch seine Parteigenossen geschaffenen Lage nicht gewachsen. Er konnte trotz vielfachen Atingels den Rednern nicht Gehör verschaffen. Am schlechtesten kam der Abg. Dr. Brüel fort. Dessen Reden lesen sich, wenn man sie im stenographischen Bericht liest, recht gut; das muß auch der anerkennen, welcher fast immer auf dem entgegengesetzten Standpunkt steht; sie sind streng logisch geordnet und der Satzbau ist geschickt. Freilich spricht er so monoton, daß sie beim Hören weniger Eindruck machen; aber eine solche Behandlung, wie sie ihm heute durch die Conservativen, denen er so oft das Centrum als Hilfsgruppe zugeschrieben, zu Theil wurde, hatte er denn doch nicht verdient. Sein Fraktionsgenossen Kintelen sprang ihm bei und machte die Herren von der Rechten darauf aufmerksam, daß ihr Betragen sehr wenig rücksichtsvoll sei. Das nahm wieder Herr v. Kölle übel, weil er es als eine unerlaubte Kritik seiner Geschäftsleitung empfand. Einen sehr guten Eindruck machte unter den Conservativen der Vertreter der Gruppe der Conservativen, welche ihrem früheren Votum, daß das Volksschulstengesetz eine Änderung der Verfassung bedeute, treu geblieben. Diese Gruppe hatte einen glücklichen Griff gehabt, daß sie den Grafen Schwerin-Puhar zu ihrem Sprecher gewählt. Es ist dies bekanntlich ein Sohn des früheren liberalen Ministers Schwerin. Er ist nicht bei der liberalen Fahne seines Vaters geblieben, sondern ist ein streng conservativer Mann geworden. Aber er erfreut sich wegen seiner Geradheit und Aufrichtigkeit, die sich durch nichts von dem als richtig erkannten Wege abgrenzen läßt, der Hochachtung der Mitglieder aller Parteien. Er ist kein glänzender Redner und zeigt sich auch heute nicht als solcher. Aber es kam alles so einfach und natürlich aus ihm heraus, daß man fühlte, es war seine aufrichtige Ueberzeugung, was dieser Mann aussprach. Man hörte es deutlich heraus, daß es ihm sehr ernst damit war, wenn er sagte, daß er für sein Leben gern der Regierung auch in diesem Falle folgen möchte. Aber er konnte es beim besten Willen nicht; seine Ueberzeugung ließ es nicht zu. Herr v. Hammerstein hätte die Vertheidigung dieser Gruppe sicher nicht so gut vollbracht, wie Graf Schwerin es tat. Minister v. Scholz fühlte, wie gefährlich ihm gerade dieser Redner bei den Parteigruppen war, auf die er am meisten wirken wollte. Er stellte sich darum so, als ob nur eine Kleinigkeit ihn von dem Grafen trenne. Und doch könnte man sich kaum größere Gegenseite denken, wie die Herren v. Scholz und Graf Schwerin im allgemeinen und ihre Stellungen in diesem besonderen Falle.“

Trotz aller Bemühungen jedoch, den peinlichen Akt der Ummodellung der Ueberzeugung der Conservativen so schnell als möglich zu vollziehen, ist das Abgeordnetenhaus gestern nicht über die Specialdiscussion hinausgekommen. Jedenfalls aber — und das garantirt den Erfolg der Regierung — hat sich im Schoße der conservativen Partei die „berichtigte Ueberzeugung“ in noch ausreichenderem Umfange Platz verschafft, als bei Beginn der Sitzung erwartet wurde. Noch in den ersten Nachmittagsstunden behaupteten die Wetterpropheten, die Sache sei zweifelhaft; es handele sich darum, ob das Gesetz mit fünf Stimmen Mehrheit angenommen oder mit einer gleichen Mehrheit abgelehnt würde. Aber es kam, wie wir gesehen haben, anders. Nachdem nun gestern die Verfassungsfrage entschieden worden, kann die Majorität bei der heutigen bevorstehenden Schlusssitzung über das Gesetz nur größer, nicht kleiner werden; obgleich es an sich schwer begreiflich erscheinen muß, wenn Abgeordnete, die unter Berufung auf ihr Gewissen ein Gesetz als eine Abänderung der Verfassung enthaltend bezeichnen, nachher dasselbe Gesetz als mit der Verfassung im Einklang stehend annehmen.

Heute wird nun vielleicht die Session bereits geschlossen. Wir erleben also in der That das Schauspiel, das lächerlich wäre, wenn es nicht eine so ernste Angelegenheit beträfe, daß die Wahlprüfung der Herren Puttkamer-Plauth und Döhring im Plenum erst im allerletzten Augenblick der gesamten Legislaturperiode zur Erledigung kommt oder — darauf ist es offenbar abgesehen — ganz unterbleibt. Es war vergebens, daß Herr Rickert noch gestern verschiedene Versuche machte, die Affäre früher zum Abschluß zu bringen. Die Conservativen wußten es zu vereiteln; natürlich ist es ihnen unangenehm, wenn ihnen noch vor dem Auseinandergehen dieser von ihnen beherrschten Gesetzesperiode klar und deutlich an einem drastischen Falle nachgewiesen wird, welchen Mitteln, welchen Ungeschicklichkeiten, Wahlbeeinflussungen und Verlebungen aller politischen Moral ein großer Theil der conservativen Partei sein ganzes Dasein verdankt. Herr v. Puttkamer-Plauth war gestern wenigstens tactvoll genug, nicht im Hause anwesend zu sein; Herr Döhring aber sonnte sich noch einmal im Glanze der bekanntlich zum guten Theil seiner eigenen geschickten Wahlgeometrie entflohenen Abgeordnetenwürde, die schon längst in Ferien gerissen sein würde, wenn nicht bei dieser Wahlprüfung ein Versfahren beliebt worden wäre, das sich schlechterdings nicht qualifizieren läßt. Aber mag auch heute der Landtag geschlossen werden, ohne daß den unrechtmäßigen Inhabern der Marienburg-Ebinger Mandate die Thüre gewiesen werden wäre — die Akten über diese unerhörte Affäre sind noch nicht geschlossen und die Erinnerung daran wird bleiben: ein würdiges Monument des Charakters der modernen Conservativen und des Systems Puttkamer.

## Im Herrenhause begraben.

Das Herrenhaus, welches neulich ohne jede Rücksicht das Schulstengesetz nach dem Dictat des Ministers v. Scholz abänderte, hat gestern, wie schon kurz telegraphisch gemeldet, ohne Debatte den freiständigen Gesetzentwurf Berling, betreffend den Erlass der Relicentienbeiträge der Volksschullehrer, abgelehnt. Die Zahl der anwesenden Mitglieder belief sich auf höchstens 50, während deren 60 zur Beifüllfähigkeit gehören. Bericht erstattete Rittergutsbesitzer v. Mellethien, Vertreter des alten und befestigten Grundbesitzes im Landschaftsbezirk Dromburg in der Neumark. Mit großer Gorgast hatte er aus den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses alles hervorgeholt, was den Berling'schen Gesetzentwurf in ein ungünstiges Licht stellen konnte: die Erklärung der Abg. v. Cynern und Porsch, daß es sich nur um eine Resolution in Gesetzesform handele, die Erklärungen der Regierungskommissare und des Cultusministers, daß das Gesetz nicht von eminent politischer Bedeutung und deshalb nicht dringlich sei u. s. w. Zum Schlus vertrug der Referent sich sogar zu dem Vorwurf an die Mehrheit des Abgeordnetenhauses, sie habe bei den Lehrern unerfüllbare Hoffnungen durch ihre Beschlüsse erregt. Der Regierungskommissar wiederholte die Zusage, daß eine Vorlage in der nächsten Session gemacht werden solle, und darauf lehnte das Haus den Antrag Berling ab. — Das Herrenhaus bedeckt sich mit immer größerem Ruhm. Versenkene mißliebiger Anträge und Ummodeln anderer im Sinne der Regierung, jedem Winke derselben folgend, bilden die Hauptbeschäftigung unserer Parteien. Eine würdige Thätigkeit!

## Zum Fall Techow

Schreibt uns unser Berliner Correspondent: In Berichten auswärtiger Zeitungen über die Techow'sche Angelegenheit wird neuerdings mitgetheilt, Herr Techow habe, nachdem sein Begnadigungsgesuch abgelehnt worden, den Prinzen Heinrich, dessen Vermittelung er zu erlangen wünschte, um eine Unterredung gebeten; der Kaiser aber habe die Erlaubnis zu einer solchen Unterredung versagt. Hier hatte bisher nichts derartiges verlaufen. Der das Begnadigungsgesuch ablehnende Bescheid des Generalauditorialrats trug bekanntlich das Datum des 14. Mai. Selbstverständlich hätte Prinz Heinrich der Bitte, Herrn Techow eine Unterredung zu gewähren, nur entsprechen können unter der Voraussetzung, daß die Begnadigung dennoch trotz des ablehnenden Votums des Kriegsministers erfolgt wäre. Einen steckbrieflich verfolgten Oftizier konnte Prinz Heinrich nicht empfangen. Näheres

über diese Episode bleibt abzuwarten. Noch nicht ganz aufgeklärt übrigens ist es, ob die dritte Denkschrift, welche dem Kaiser zur Begründung der Ablehnung des Techow'schen Begnadigungsgesuchs vorgelegt wurde, von dem Kriegsminister oder von dem Reichshansler übergeben worden ist. In unterrichteten Kreisen ist es zur Genüge bekannt, daß der Kaiser von der Notwendigkeit, auf die Begnadigung Techows zu verzichten, sehr empfindlich berührte worden ist und daß er die Weigerung, seinem Wunsche zu entsprechen, als eine schwere Kränkung empfunden hat.

## Der Spiritusring.

Mit so großer Anstrengung ist die ganze offiziöse Maschinerie thätig, um zu gunsten des Spiritusringes zu wirken, daß in letzter Zeit die Chancen für das Unternehmen, wie es scheint, einigermaßen gesiegelt sind. Wir hoffen, bemerkt dazu die „Nation“, auch heute noch, daß schließlich alle diese Bemühungen so wenig Erfolg haben werden, wie das bisher der Fall gewesen ist; und zwar hoffen wir, daß das im Interesse der Consumenten, im Interesse der freien wirtschaftlichen Thätigkeit und auch im Interesse derjenigen, welche sich aus Unbesonnenheit in eine Gründung hineinziehen lassen, die dem soliden Kaufmann als äußerst bedenklich erscheinen muß. Ließe die liberale Partei sich dagegen nur von egoistisch-politischen Motiven leiten, so würde sie mit dem Zustandekommen des Unternehmens ganz zufrieden sein können; denn die Schöpfung, die die Agrarier in Leben rufen möchten, würde ganz vortrefflich geeignet sein, die verderblichen Ideale unserer Gegner praktisch zu illustrieren.

Heute wird nun vielleicht die Session bereits geschlossen. Wir erleben also in der That das Schauspiel, das lächerlich wäre, wenn es nicht eine so ernste Angelegenheit beträfe, daß die Wahlprüfung der Herren Puttkamer-Plauth und Döhring im Plenum erst im allerletzten Augenblick der gesamten Legislaturperiode zur Erledigung kommt oder — darauf ist es offenbar abgesehen — ganz unterbleibt. Es war vergebens, daß Herr Rickert noch gestern verschiedene Versuche machte, die Affäre früher zum Abschluß zu bringen. Die Conservativen wußten es zu vereiteln; natürlich ist es ihnen unangenehm, wenn ihnen noch vor dem Auseinandergehen dieser von ihnen beherrschten Gesetzesperiode klar und deutlich an einem drastischen Falle nachgewiesen wird, welchen Mitteln, welchen Ungeschicklichkeiten, Wahlbeeinflussungen und Verlebungen aller politischen Moral ein großer Theil der conservativen Partei sein ganzes Dasein verdankt. Herr v. Puttkamer-Plauth war gestern wenigstens tactvoll genug, nicht im Hause anwesend zu sein; Herr Döhring aber sonnte sich noch einmal im Glanze der bekanntlich zum guten Theil seiner eigenen geschickten Wahlgeometrie entflohenen Abgeordnetenwürde, die schon längst in Ferien gerissen sein würde, wenn nicht bei dieser Wahlprüfung ein Versfahren beliebt worden wäre, das sich schlechterdings nicht qualifizieren läßt. Aber mag auch heute der Landtag geschlossen werden, ohne daß den unrechtmäßigen Inhabern der Marienburg-Ebinger Mandate die Thüre gewiesen werden wäre — die Akten über diese unerhörte Affäre sind noch nicht geschlossen und die Erinnerung daran wird bleiben: ein würdiges Monument des Charakters der modernen Conservativen und des Systems Puttkamer.

Aus Posen geht uns in Sachen der Spiritusbank folgende Zuschrift zu:

In einigen Blättern wurde dieser Tage eine Mittheilung gemacht, die das Missverständniß erwecken konnte, daß die beiden großen Berliner Spiritusfirmen, die Spiritfabrik R. Eisenmann und das Spirituscommissionsgesäft von S. u. M. Simon, dem Spiritusring beigetreten seien. Letzteres ist so wenig der Fall, daß die genannten Firmen vielmehr dem Ausschuß des Verbandes deutscher Spiritusinteressenten, der den Ring bekämpft, angehören. Die Gegnerchaft derartiger Elemente — namentlich der führende Platz Berlin zeichnet sich durch besonnene Haltung aus — sollte die Herren Dr. Calberla und Genossen doch endlich überzeugen, daß sie einem Phantom nachjagen und daß ein günstigen Falles ihre Bank, kaum entstanden, mit einem gewaltigen Arach endigen würde.

## Wer wird die Kosten tragen?

Die Grörterungen über das plötzlich von offiziöser Seite aufgestellte Projekt der Einführung von Differentialzöllen auf russisches Getreide haben sich vornehmlich mit der Frage beschäftigt, ob die Anwendung des Retorsionsparagrafen im deutschen Zolltarifgesetz gegen die Einfuhr russischer Erzeugnisse nach den jüngsten Zollmaßnahmen Russlands überhaupt berechtigt sei oder nicht. Die Zweifel, welche in diesem Punkte mit gutem Rechte geltend gemacht worden sind, haben mit anderen Erwägungen zu dem Schlus geführt, daß die ganze Mittheilung als durchaus unbegründet anzusehen sei und der Regierung nur mit Unrecht ein solcher Plan unterstellt werden könne. Zu einem ähnlichen Ergebnis muß aber auch jede Prüfung der von Differentialzöllen dem deutschen Handel und der deutschen Industrie drohenden Schädigungen kommen.

Von welchem Nachteil schon die bestehenden

Getreidezölle für den Getreidehandel aller deutschen

Ostseeländer sind, ist in den letzten Jahren innerhalb und außerhalb des Parlaments oft genug erörtert worden. Bei den Verhandlungen des Reichstags über die letzte Zoll erhöhung ist von keiner Seite bestritten worden, daß dieser Nachteil entsprechend dem höheren Maße der Zölle gesteigert werden müsse; die verschiedenen Anträge auf Aufhebung der Identitätsnachweise waren gerade von dem Streben nach Mildung dieser Nachteile eingetragen; nachdem die Entscheidung in dieser Session verlagert worden, wird die Frage in nächster Session unweিশafit noch dringlicher zur Sprache gebracht werden. An keiner Stelle hat vollenfalls jemals ein Zweifel bestanden, daß ein Differentialzoll auf russisches Getreide dem den Ostseeländern noch verbliebenen Getreidehandel ein Ende zu machen geeignet sei. Diese Befürchtung macht sich bereits geltend, als es im Jahre 1885 eine Zeit lang den Anschein hatte, daß für russischen Roggen ein um 10 Mark pro Tonne höherer Zoll zur Erhebung kommen würde, als für Roggen anderer Provinzen — eine Eventualität, welche ja damals durch eine neue Vereinbarung zum Handelsvertrag mit Spanien noch rechtzeitig besiegelt wurde. Ein Retorsionszoll von der Hälfte des bestehenden Getreidezolls, d. h. von 25 Mark für die Tonne Weizen oder Roggen, würde vollenfalls die weitgreifendsten Verschlebungen im deutschen Getreidehandel und in der deutschen Mühlenindustrie mit Notwendigkeit herbeiführen. Der Ostseeländer würde die Herausforderung des ihrem Verkehr dienenden Materials aus Russland so gut wie unmöglich gemacht

werden, die Mühlenindustrie in Norddeutschland würde durch die Erschwerung im Bezug des ihr unentbehrlichen Rohstoffes ihre Konkurrenzfähigkeit schwer bedroht sehen. Daneben würde den übrigen Getreide produzierenden Ländern, also bei Weitem vornehmlich den Vereinigten Staaten und Ostindien, bei Roggen insbesondere Österreich und den Donauländern, eine ganz ungerechtfertigte Bevorzugung auf dem deutschen Markt zugewendet werden, die sich als ein deutscher Schuhzoll in Höhe von 25 Mk. pro Tonne für das Produkt dieser Länder charakterisieren würde.

Die östlichen Provinzen Preußens, die ohnehin unter den gegenwärtigen zollpolitischen Feindseligkeiten schwer leiden, würden mithin auch hauptsächlich die Kosten eines nunmehr gar durch Differentialzölle verschärften Zollkrieges zu tragen haben.

## Die österreichisch-ungarischen Delegationen.

Die die „Politische Correspondenz“ erfährt, ist die Meldung der „Budapest Correspondenz“, daß die gemeinsame Regierung neuerdings die Eventualität ins Auge gesetzt habe, die nächste regelmäßige Session der Delegationen erst im Spätherbst abzuhalten, vollkommen unbegründet. Die Delegationen werden in der zweiten Hälfte der ersten Juniwoche zusammenentreten.

## Das französische Militärgesetz.

Der französische Senat hat bei der gestern fortgesetzten Berathung des Militärgesetzes den Artikel 40 des Gesetzes angenommen, welcher die Gesamt-Militärdienstzeit auf 25 Jahre festsetzt. Der Dienstpflichtige hat von dieser Dienstzeit 3 Jahre bei dem aktiven Heere, 6½ Jahre bei der Reserve, 6 Jahre bei der Territorialarmee und 9½ Jahre bei der Reserve der Territorialarmee zu verbringen.

## Die Überlegenheit Englands zur See.

Die Panik, die in ganz England wegen des Zustandes der Armee und Flotte ausgebrochen ist, gehört zu jenen Phänomenen des politischen Lebens in England, die von Zeit zu Zeit auftauchen, um beinah ebenso rasch zu verschwinden, als sie entstanden sind. Es soll nicht in Abrede gestellt werden, daß die englische Flotte nicht an mancherlei Gebeuren leidet, und in einem Lande, wo die Öffentlichkeit eine so weitgehende ist, werden natürlich die Mängel schneller und allgemeiner bekannt, als sonst irgendwo. Aber wenn ein fremder Staat sich diese Mängel zu Nutze machen und gegen England einen Krieg führen wollte, so würde er bald zu der Erkenntnis gelangen, daß die Überlegenheit Englands zur See noch immer existirt, obwohl sie heutzutage keine so überwältigende mehr ist, als in der Vergangenheit. Ein Krieg würde England allerdings ungeheure materielle Verluste zufügen, die es übrigens zu ertragen reich genug ist, aber schon heute ist die englische Flotte stärker, als die jeder anderen Macht, und im Kriegsfalle könnte sie leicht auf das Doppelte ihres Standes gebracht werden, sowohl durch die großen Dampfer der transatlantischen und orientalischen Linien, deren Mehrzahl so konstruit ist, daß sie leicht in Kriegsschiffe verwandelt werden können, als auch durch die Flotten der Colonien. Zu Lande ist England allerding sehr schlecht gegen eine Invasion geschützt, aber England hat bezüglich seiner Vertheidigung von jeher sich auf seine „Wälle aus Holz“, die jetzt „Wälle aus Eisen“ geworden sind, gestützt, und die Admiralität vermehrt alljährlich die Zahl der Schlachtschiffe, welche namentlich unter der Regierung Lord Salisburys einen besonders namhaften Zuwachs erhalten haben. In den Arsenalen wird Tag und Nacht gearbeitet, und die Fabriken von Armstrong und Whitworth sind andauernd mit der Herstellung von Geschützen schweren Kalibers für die Kriegsmarine beschäftigt; überhaupt geschieht das Menschenmögliche, um die Lücken auszufüllen, welche unter der Herrschaft der früheren Cabineite in Armee und Flotte entstanden sind.

## Die Überschwemmung in China.

Das Reich der Mitte ist bekanntlich in diesem Jahre gleichfalls durch furchtbare Katastrophen heimgesucht und von Wassersnoh betroffen worden, die viel größer und schrecklicher gewesen ist, als diejenige bei uns. Beißt sich doch allein die Zahl der Ertrunkenen den geringsten Angaben zufolge nach vielen Hunderttausenden, und das schlimmste ist, daß die Inundirung in dem größten Theile des betroffenen Gebiets noch anhält und der gelbe Fluß noch immer seine Fluten durch die Dämme hindurch in das Land herein ergiebt.

Aus allen neuerdings eingegangenen Nachrichten ist zu entnehmen, daß die Beamten, welche mit der Schließung des Dammbroches des gelben Flusses betraut sind, dieselbe wenigstens für dieses Jahr, vielleicht aber auf viele Jahre als eine Unmöglichkeit aufgegeben haben. Sobald der Schnee in Thibet und Aokonor schmilzt, wird wahrscheinlich der größere Theil von Ho Nan und auch einige Distrikte der angrenzenden Provinzen in einen großen Landsee verwandelt werden. Gegenwärtig werden die Unglücksfälle, welche ihr Leben bei der großen Überschwemmung retteten, notdürftig versorgt, aber sobald die zu ihrem Unterhalt eingegangenen Gelder erschöpft sind, werden die Sorgen der Beamten wieder beginnen. So lange die Dämme des gelben Flusses nicht wieder aufgerichtet sind, können die Leute nicht nach ihren Heimstätten zurückkehren. Das Wasser fließt noch immer in Strömen durch den Dammbroch und wird, wenn nichts dagegen geschieht, weitere Strecken Culturnandes verwüsten. Das Unheil ist unmöglich.

## Abgeordnetenhaus.

62. Sitzung vom 25. Mai.

Berathung des vom Herrenhause in veränderter Fassung zurückgekommenen Gesetzeswurfs, betreffend die Erleichterung der Volksschullasten. (Das Herrenhause hat den § 7 gestrichen und dem § 4 eine veränderte Fassung gegeben.)

Abg. Richter: Meine Freunde haben sich um das Zustandekommen des Gesetzes bisher bemüht, wie kaum eine andere Partei. Wir wollten das Gesetz inhaltlich annehmen, trotz starker Bedenken gegen einzelne Bestimmungen. Vornehmlich drängte der Abg. Richter auf die weitere Verhandlung, als das Gesetz endlich aus der Commission herauskam, während die conservativen Partei die 10 Mill. für die Überschwemmungen verwenden wollte. Wir nahmen diesen Standpunkt ein wegen des Prinzip's der Aufhebung des Schulgelbes, und um den Gemeinden, nach der großen Belastung der Steuerzahler im Reiche, wenigstens eine, wenn auch geringfügige Summe zur Erleichterung zuwenden. Wir haben daher das Verlangen nach einer organischen Reform der Unterrichtsgesetzgebung nicht gefestigt. Wir haben andererseits den Vertheilungsmassstab als durchaus ungerecht angesehen, denn er bevorzugt die ländlichen Gemeinden und Gutsbezirke des Ostens auf Kosten der Städte und der industriellen Bezirke, also gerade derjenigen Communen, in denen die Communallast am höchsten ist. Leider ist nun der wichtigste Punkt, die Aufhebung des Schulgelbes, verkümmert, wenngleich der Beschluss des Herrenhauses besser, als der des Abgeordnetenhauses ist. Wie haben auch sine ira et studio die Verfassungsfrage behandelt. Die Form, in welcher das Haus die Verfassungsänderung beschlossen hat, röhrt nicht von uns her und ist nicht besonders korrekt, indem man die Verfassung ändert durch die Worte: „somit das vorliegende Gesetz damit in Widerspruch steht“. Wir haben die Verfassungsänderung gutgeheißen und verbleiben bei dieser Ansicht auch noch heute. Wir können heute nicht weiß nennen, was wir am 19. April für schwarz erklärt haben. (Gehr richtig! links und im Centrum; Unruhe rechts.) Neues Material in Bezug auf die Rechtsfrage, welches eine andere Auffassung rechtfertigt, ist nicht beigebracht. Der Finanzminister hat im Herrenhause genau dasselbe, nur mit grössem Schäufflement gesagt, wie hier, und es ist sonderbar, daß jetzt gerade Dr. v. Kleist mit einem Male als ein großer Rechtsgelehrter und Ausleger der Verfassung erscheint (Heiterkeit links), in welcher Eigenschaft man ihn bisher noch nicht gekannt hat. In dieser Frage kann man nicht einer äußeren Autorität folgen, auch nicht der des Herrenhauses. Die Theorie, daß wenn zwei Factoren der Gesetzgebung übereinstimmen, der dritte Factor sich fügen müsse, wenn er inhaltlich ein Gesetz für gut hält, würde in ihren Consequenzen zur Aufhebung des Herrenhauses führen. Bisher hat man gerade in der Eröffnung des Herrenhauses, die ich nicht für gerechtfertigt halte, ein stetes, dauerndes Element im Staatsleben gesehen. Die Frage der Verfassungsmöglichkeit ist eine Rechtsfrage, die jedem einzelnen Abgeordneten individuell gestellt wird, jeder hat in seinem Gewissen zu entscheiden, ob seine Abstimmung sich mit seinem Verfassungsidee vereinigen läßt. (Gehr richtig! links und im Centrum.) Wenn der Art. 25 d. Bef. nur die Bedeutung hätte, daß der Staat gegenüber den Gemeinden nur verpflichtet ist, die Mittel für die Schule zu ergänzen, so würde seine Bedeutung überhaupt sehr geringfügig sein; denn die Auffassung, daß der Staat ergänzungswise eintritt, ist zu keiner Zeit bestritten worden. Die Bestimmung ist aber nicht als Vertragsbestimmung zwischen Gemeinde und Staat, sondern um der Gesamtheit, um der Entwicklung des Schulwesens willen getroffen. Bei dem Volksschullehrer-Pensionsgesetz von 1885 betonten gerade die Parteien, welche jetzt die Notwendigkeit der Verfassungsänderung nicht anerkennen, daß das Pensionsgesetz für die Verfassungsfrage nicht präjudizieren sei. Der verstorbene freiconservative Abg. Schmidt führte aus, daß das Pensionsgesetz nur den Charakter eines provisorischen Notgesetzes habe. Dazu kommt, daß in der Verfassung selbst das definitive Inkrafttreten dieses Artikels dem Unterrichtsgesetz vorbehalten ist. Es handelt sich nicht um eine Parteidfrage, keine Frage die lege ferenda, sondern die lege lata, eine Frage der Auslegung. Daher sind Mitglieder aller Parteien für die Verfassungsänderung gewesen. Es haben nicht bloß das Centrum und die Freisinnigen, sondern auch 77 Conservativen, 4 Freiconservativen und 10 Nationalliberalen in der zweiten Berathung dafür gestimmt. (Hört! hört!) Um so wunderbarer ist es, wie jetzt die Presse die Frage künstlich aufbauscht zu einer großen Parteidfrage. Es heißt da: Die freisinnige Partei wirkt wieder mit dem Centrum zusammen; das ist die alte politische Confession, die immer von den nationalen Parteien bekämpft worden ist. Ganz hat man von conservativer Seite keine Abneigung vor dem Zusammenschluß mit dem Centrum gehabt. Die ganze Steuergesetzgebung von 1879 bis 1887 wäre ohne das Centrum garnicht zu Stande gekommen. (Hört! hört!) Um so weniger kann hier von einer Parteidfrage die Rede sein. In der Schulfrage vertreten gerade wir andere Grundsätze als das Centrum (Gehr wahr! im Centrum). Da stehen wir den Nationalliberalen am nächsten, dem Centrum aber ferner als selbst die Freiconservativen. Wir wollen abwarten, ob man aus der Haltung unserer Partei wieder einen großen nationalen Entrüstungsklumpen in Scène setzen wird. Das Bedürfnis dazu scheint vorhanden zu sein. Vor kurzem wurde ja auch von nationaler Seite in Leipzig und Breslau ein Sturm gegen die Arone in Scène gesetzt. (Murren rechts.) Es wäre eine Abwechselung, wenn sich diese Agitation wieder einmal gegen die freisinnige Partei richtete. Im Bezug auf nationale Entrüstung sollte man aber etwas sparsamer sein. Wogegen soll man sich nicht jetzt immer entrüsten? Gegen Frankreich, weil ein Geber wegen mangelnder Legitimation an der Grenze zurückgewiesen ist. Wir sollen uns begeistern für den Pflichtzwang und für Maßregeln gegen die russische Getreideeinfuhr, alles in nationalen Interesse. Je mehr man die nationale Erregung am unrechten Platze gebraucht, desto eher wird sie versagen, wenn sie einmal wirklich nötig ist. In der zweiten Lesung wurde die Verfassungsfrage noch ganz sine ira et studio behandelt. Auch in der vertraulichen Conferenz, die auf Wunsch des Cultusministers v. Gotha stattfand, war von der Verfassungsfrage absolut nicht die Rede. Die Regierung schien sich im Gegenteil mit der Abstimmung im Abgeordnetenhaus zufrieden zu geben, bis die Sache durch das Herrenhaus ein anderes Gesicht bekam. Niemals ist eine Partei so schlecht behandelt worden, wie hier die Conservativen. Die Herren thun mir aufrichtig leid. (Lachen rechts.) Wir sind nie so schlecht behandelt worden. Es fragt sich, ob Sie sich das gefallen lassen, denn es wird niemand schlechter behandelt, als er behandelt zu werden verdient. Es fragt sich also, ob die Regierung Gehr richtig tagt. (Heiterkeit links.) Der Referent des Herrenhauses, Dr. v. Manteuffel, hat das Verhalten der Regierung mit Recht als einen Überfall bezeichnet, indem er nach „Wallenstein“ sagte: „Keines Überfalls gemäßigt standen wir Conservativen bei Neustadt leicht verschant“. Da aber bemerkten die Herren mit einem Male eine Staubwolke und das war der Finanzminister. (Heiterkeit) Die Conservativen bildeten aber kein Carré, sondern verließen ihren Standartenträger v. Manteuffel und in hellen Häuschen ließen sie zu dem Herrn Finanzminister über (Heiterkeit) und schlossen sich ihm an, um die Sache im Abgeordnetenhaus noch fortzuführen. Die Conservativen im Herrenhause verhielten sich auch nicht die Schwierigkeit der Parteidstellung in diesem Hause und Dr. v. Manteuffel meinte, man dürfe der Partei nicht zumuthen, ihr Gewissen umzumodeln. (Hört! hört! links.) Ja selbst die verwandte freiconservative Partei fühlte Rührung mit der schlechten Situation. Fürst Hatzfeld meinte, man könne ihr kein Opfer an der Überzeugung zumuthen. Andererseits meinte Dr. Professor Dernburg, solche Gewissensbedenken wären Geopenzen, die nur erschienen, wenn man sich fürchte; man solle nur Muß

zeigen dem Abgeordnetenhaus gegenüber. Die conservative Partei ist in einem sehr interessanten Dilemma; sie kann stimmen, wie sie will, wir haben den Vorheil. Stellen Sie den Verfassungsparagraphen wieder her, dann erscheinen Sie bei den nächsten Wahlen in einem ganz interessanten Verhältnis zu dem Herren, welcher kürlich in einem conservativen Blatte als der leitende Minister der Wahlpatrone genannt wurde. Nehmen Sie darüber Ihr Votum zurück, so befürworten Sie die Auffassung derer im Lande, welche der conservativen Partei überhaupt eine selbständige Bedeutung absprechen. (Gehr richtig! links) und behaupten, Sie stimmen nur, wie der Minister wolle. Sie werden schließlich beide Nachtheile haben, wenn Sie nach den verschiedenen Richtungen aussichtsweise gehen. Vom allgemeinen Standpunkte aber müsste ich doch im Interesse des Ansehens dieses Hauses, der Verfassung und der Stellung des Hauses dem Herrenhause gegenüber, daß die Herren bei ihrem Votum vom 19. April verbleiben. Damit schließen Sie die Verantwortlichkeit ganz dem Herrenhause zurück. (WiderSpruch rechts.) Ob dieses sein Votum aufrecht erhalten wird, ist mir bei dem Standpunkte, welchen es bis zur Rede des Finanzministers einnahm, zweifelhaft. Man meint, das Herrenhaus würde nicht mehr dazu kommen; die Sesssion würde geschlossen werden. Ist es denn schon so spät? Es ist heute erst der 25. Mai. Als der Reichskanzler das Brannweinsteuergesetz für notwendig hielt, tagte der Reichstag bis zum 26. Juni, und was für den Schnaps verlangt werden kann, kann wohl auch für die Schule verlangt werden. (Heiterkeit links.) Schließlich die Regierung also die Sesssion, so übernimmt sie die Verantwortung für das Scheitern des Gesetzes. Der Finanzminister will erst so spät seine Erklärung abgegeben haben, weil gewisse äußere Verhältnisse es erschwerten, eine bestimmte Stellung zu nehmen. Es wäre aber doch die Aufgabe der Regierung gewesen, bei diesem wichtigsten Gesetz der ganzen Sesssion über Fragen, die für das Schicksal dieses Gesetzes entscheidend waren, sich schon früher schlüssig (Gehr richtig! links und im Centrum) und zwischen der zweiten und dritten Lestung hier diesen Bedenken geltend zu machen, welche sie in Bezug auf die Vervollständigung dieses Gesetzes in einer künftigen Sesssion und in Bezug auf die Verfassungsfrage nachher im Herrenhause vorführen. Wenn nun die Regierung im Lande uns nachher die Verantwortung sollte zuschieben wollen vor Leuten, denen diese parlamentarischen Vorgänge nicht in einzelnen bekannt sind, so hat der Finanzminister in seiner freundlichen Weise schon selbst im Herrenhause für eine genügende Deckung unserer Partei gesorgt. Er sprach spöttisch von einem Linsengericht dieses Gesetzes, was man unmöglich für die Ergebung der Verfassungsfrage austauschen könnte. Wenn dieses Gesetz auch falle: aufgeschoben sei nicht aufgehoben. In der folgenden Session wolle man den Gemeinden 30 Mill. geben. Damit sind insbesondere wir gebettet, die wir von Anfang an die großen Mängel dieses Gesetzes nicht verschwiegen haben. Kommt dieses Gesetz nicht in Stande, dann wird man in der Trotsigkeit überall im Lande klar machen können, wie ungerecht der Vertheilungsmassstab dieses Gesetzes für die Industriebezirke und vierwöchentlich eine organische Ausgestaltung des Gesetzes ist. Dann würde man auch die Verfassungsfrage in einer Weise lösen können, welche der Verfassung die Ehre giebt, die ihr gebührt. Heute können wir keine andere Stellung in dieser Frage einnehmen, als wir sie damals eingenommen haben, und ich kann im Namen aller meiner Freunde erklären: Wir halten uns in unserem Gewissen für verpflichtet, treu dem Eide, den wir auf die Verfassung geleistet haben, heute genau so zu stimmen, wie am 19. April. (Beifall links, im Centrum und bei einem Theil der Conservativen.)

Finanzminister v. Scholz: Bei der eifrigsten Fürsorge des Vorreiters für die Conservativen werden diese allein wohl schon wissen, was sie zu thun haben. (WiderSpruch links; Murren bei einem Theil der Conservativen.) Für die Regierung ist die Frage niemals eine Parteidfrage gewesen. (WiderSpruch bei den Conservativen.) Wir haben bei der Einbringung des Vorlage in's Auge gefaßt, daß der Staat die Alterszulagen an Lehrer gewährt, ferner einen Pensionszuschuß von je 600 Mk. für jeden Lehrer auch in Gemeinden, die leistungsfähig sind, und daß man darin keine Verfassungsänderung erblickt hat. Provisorisch ist das jetzt in Rüde stehende Gesetz ebenso wie das Lehrerpensionsgesetz. Diesem Gesetz, welches schnell fertig gestellt wurde, um den Gemeinden noch in diesem Jahre die Wohlthaten desselben zu Theil werben zu lassen, traten ganz unerwartete Bedenken entgegen, namentlich auch die Verfassungsfrage. Wir haben nicht geglaubt, daß in diesem Hause sich 215 Mitglieder für die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung ausspielen würden. Wir haben auch jetzt noch die Meinung, daß sehr viele dieser Herren der Verfassungsänderung nur zugestimmt haben, um das Gesetz zu Stande zu bringen. (WiderSpruch im Centrum. Gehr richtig! rechts.) Die Action der Regierung auf Aenderung dieses unliebsamen Beschlusses konnte erst im anderen Hause beginnen und hat dort Erfolg gehabt. Unser Gewissen ist dabei ebenso tangiert wie das Gewissen anderer. Der § 7 legt einen ganz anderen Sinn in den Art. 25 hinein, als er unserer Meinung nach darin liegt; die Resolution, welche die Herrenhauscommission in Aussicht genommen hatte, war nutzlos; denn durch die Aenderung würde die Freiheit des Staates bei seinen Leistungen für die Schule gebunden sein. Die Regierung soll die Conservativen schlecht behandelt haben. Das ist nicht richtig. Die Regierung kann sich beklagen über die Behandlung, die ihr entgegengestellt wird. Wenn sozial Staatsleistungen ohne Verfassungsänderung gewährt werden, dann müßte die Regierung sich dagegen wahren, das jetzt dem Art. 25 eine andere Auslegung gegeben wird.

Abg. v. Rauchhaupt (cons.): Die conservative Fraction hat es stets als ihre Aufgabe betrachtet, das Fraktionseresse dem allgemeinen Wohl zu opfern; sie wird dies auch heute thun. Die Fraction bleibt getheilter Ansicht; sie will aber den Conflict nicht aufnehmen, weil es in der Presse veröffentlichte Auslegungsmaterial die Sache mindestens zweifelhaft gemacht hat und weil wir dieses wichtige Gesetz nicht zum Scheitern bringen wollen. (Schluß in der Beilage.)

## Deutschland.

\* Berlin, 25. Mai. Der Parkwächter Langhammer, welcher nach seiner Aussage am Mittwoch im Park von Charlottenburg durch einen Posten verwundet sein wollte, hat bei dem mit ihm am Donnerstag angestellten Verhör, durch viele Widerprüche in die Enge getrieben, zugegeben, daß er sich die Vermundung mittels eines Testlin und zwar in der sogenannten Holzhammer eigenhändig beigebracht habe, modurch er das Mitleid der höchsten Herrschaften zu erwecken und hierdurch eine günstigere Stellung zu erlangen gedachte.

\* [Prinz Heinrich] wird, wie die Londoner „Truth“ mittheilt, mit seiner jungen Gemahlin Ende Juli nach England kommen, um der Königin einen Besuch in Osborne auf der Insel Wight abzuholen.

\* [Die goldene Hochzeits-Feier des Abg. Dr. Windhorst] findet, wie die „Germania“ jetzt erfährt, in Hannover statt. Es bestand allerdings der Wunsch und Wille der Frau Gemahlin des Abg. Dr. Windhorst, nach Harzburg zu reisen und dort zu feiern. Die Gesundheit gestattet jedoch der Jubilarin eine Reise nicht. Die hannoverschen Kaiserkönige nehmen deshalb die Gelegenheit wahr, dem Jubelpaare am Hochzeitstage (29. Mai) einen großen Fackelzug dazubringen. Am Donnerstag (Fronleichnam) wird dann in

Hannover auf „Bella Vista“ eine Volksfeier stattfinden, bei welcher Dr. Windhorst erscheint.

\* [v. Stosch.] Das „Berliner Tagebl.“ schreibt: „Der ehemalige Chef der Admiralität, Herr v. Stosch, ist vom Kaiser gestern in einer Audienz empfangen worden, über welche, da sie sehr lange dauerte, in politischen Kreisen viel gesprochen wird. Man erzählt sich, Herr v. Stosch werde wieder in den Staatsdienst treten; er soll von Kaiser Friedrich, bei dem er bekanntlich persona gratissima ist, zu einer sehr hohen politischen Stellung ausersehen sein.“ — Die Bestätigung dieser schon früher manchmal aufgetauchten Nachricht wird abzuwarten bleiben.

\* [Katholischer Feldprost.] Die Verhandlungen über die Wiedererennung eines katholischen Feldprostes sind, wie verlautet, zum Abschluß gelangt. Probst Ahmann von der St. Hedwigskirche, welcher, wie bereits früher mitgetheilt, für diesen Posten in Aussicht genommen ist, wird noch im Laufe dieses Monats bei dem im Vatican anberaumten Consistorium gleich seinem Vorgänger zum Bischof i. p. i. ernannt werden.

\* [Militärische Ernennungen.] Das heutige „Mil.-Woch.“ publicirt die schon erwähnte Ernennung des Großherzogs von Hessen zum General-Inspector des 7., 8. und 11. Armee-Corps, ferner die Pensionierung des General-Lieutenants v. Gottberg und die Ernennung des General-Lieutenants v. Hänisch, bisher Director des Kriegsdepartement im Kriegsministerium, an Gottberg's Stelle zum Commandeur der Cavallerie-Division beim 15. Armee-corps.

\* [Aufenthaltsbeschränkungen in den Reichslanden.] Dem Vernehmen der „Welt-Ztg.“ nach dürfen die Aufenthaltsbeschränkungen, welche in Elsass-Lothringen nächstens neben den kürlich eingeführten Papvorrichten zur Geltung gelangen sollen, in der Weise verfügt werden, daß Personen französischer Nationalität in Elsass-Lothringen künftig nur auf Grund einer Erlaubnis der zuständigen Kreisdirektion bzw. der Polizeidirectionen von Straßburg und Metz verweilen dürfen; bei einem längeren als viermonatlichen Aufenthalt soll die Bewilligung des Bezirkspräsidenten eingeholt werden müssen.

\* [Neue Majestätsbeleidigungsklage.] Auch gegen die in Bochum erscheinende „Westfälische Volkszeitung“ ist inzwischen wegen Abdrucks des Artikels „Keine Frauenzimmerpolitik“ die Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben worden. Das Blatt hat gleichfalls seiner heftigsten Entfernung über den Artikel Ausdruck gegeben. Mit dem „Frank. Intelligenzbl.“ würden jetzt demnach schon drei unabhängige Blätter jenem Artikel der „Dresden. Nachr.“ zum Opfer gefallen sein.

\* [Für ein neues Abgeordnetenhaus] sind, wie man der „Doss. 3.“ mitthält, in der letzten Zeit Pläne aufgestellt worden, die indessen die erforderliche Zustimmung nicht gefunden haben. Wer die wiederholten sehr lebhaften Klagen der Abgeordneten im Hause selbst gehört und dabei gelesen hat, daß die Regierung zu einem Entgegenkommen in dieser Frage sich vor zwei Jahren schon bereit erklärt hat, muß sich mundern, daß diese Angelegenheit nicht vorwärts kommen will.

Im kommenden Winter werden es 40 Jahre, daß die Vertreter des Volkes sich in diesem „Provisorium“ befinden, welches 1849 für einen Zeitraum von 6 Jahren eingerichtet wurde. Aber man blieb und blieb, weil Platz und Geld nicht zur Verfügung standen; 1867 baute der jetzige Stadtbaudirektor Blankenstein das Gebäude weiter aus und legte darin statt der Luftleitung eine Dampfheizung mit Pulsion an. In den Jahren 1872 bis 1875 baute Bauinspector Emmerich den Sitzungssaal um und nahm noch sonstige wesentliche Veränderungen vor. Neuerdings leitete Bauinspector Fr. Schulte, als Architekt des Hauses, die Neueinrichtungen der Beleuchtung, die Änderungen der Bibliothek, die Sicherheitsausgänge und andere erhebliche Verbesserungen. Bis jetzt sind im ganzen etwa anderthalb Millionen Mark auf die bauliche und die Inneneinrichtung des Abgeordnetenhauses verwandt worden. (Nach „Berlin u. S. Bauten“ 1849: 315 000 Mk., 1867: 249 000 Mk., 1872—1875: 480 000 Mk., dazu seit 1875 rund 450 000 Mk.). Es wäre gewiß zu wünschen, daß man in der Bauplatzfrage bald zu einem Endergebnis käme, da der Bau ohnehin dann noch drei bis vier Jahre dauern wird.

Posen, 24. Mai. Aus dem Schreiben des Erzbischofs Dr. Döder an den Decan Chwaliszewski, welcher seines Amtes enthoben wurde, heißt der „Dien. Pozn.“ die Motivierung der Enthebung mit, welche danach folgendermaßen lautet: „Mit Rücksicht darauf, daß Euer Hochwürden durch eine Agitation des Aufstrebens, im Charakter eines Decans, gegen meine im Interesse der Volksschulen erlassene Verfügung vom 27. Oktober v. J. diefeingeschicklich verhandelt, so würde nach einem Urteil des Reichsgerichts vom 25. Februar v. J. der Vorstand äriglich handeln, wenn er später diese Geschäftsführung nicht anerkennen wollte und seit früher auf den Quittungsformularen stehenden Bemerkung: „Quittung durch Unterschrift des Vorstehers und Kassiers“ dem Publikum, welches auf die Unterschrift eines dieser beiden Beamten allein gezahlt hatte, entgegenstellen wollte.

\* [Der Billardkünstler Robert] hat Danzig wieder verlassen, nachdem er sich gestern Abend noch einmal im Wiener Café hatte sehen lassen. Gestern spielte Dr. Groß-Danzig, dem gleichfalls zwei Drittel der zu spielenden 600 Points vorgegeben wurden, die Partie gegen ihn und gewann dieselbe nach 2 Stunden 10 Minuten, während Herr Robert nur auf 513 kam. Das Spiel des letzteren blieb im allgemeinen dasselbe wie am Tage vorher; die längste Serie betrug 94.

\* [Dienstboten- und Lehrlings-Abonnement.] Bei den städtischen Krankenanstalten besteht bekanntlich im Interesse der Dienstherren und Lehrer eine Art Versicherung für Krankheitsfälle des Gesindes resp. der Lehrlinge, und zwar in Form eines Jahres-Abonnements, für welches ein Betrag von 4 Mk. zu entrichten ist. In dem letzverlorenen Etatsjahr (1. April 1887 bis dahin 1888) sind 1337 solcher Abonnements abgeschlossen und es sind dafür 5348 Mk. vereinnahmt. Gleichzeitig sind auf Grund dieser Abonnements in dem Lazarett am Olivaer Thor 144 Personen an 2182 Verpflegungstagen, im Lazarett in der Sandgrube 30 Personen an 345 Verpflegungstagen, in der städtischen Krankenstation in der Töpfersiedlung 3 Personen an 280 Verpflegungstagen und in der Schneller'schen Augenklinik auf städtische Kosten 1 Person an 18 Verpflegungstagen, zusammen 178 Personen an 2828 Verpflegungstagen behandelt worden. Nach den gewöhnlichen Kurosten der unteren Alters berechnet, würde hierfür ein Betrag von 3540 Mk. zu entrichten gewesen sein.

\* [Schwurgericht.] Zum Vorsitzenden für die vierte diesjährige Schwurgerichtsperiode, welche am 25. Juni beginnt, ist dem Landgerichtsrath Arndt ernannt worden.

\* [Strafammer.] Zwei Anklagen wurden in der heutigen Sitzung gegen den früheren Hilfspostboten und seinen Zimmermann Emil Peters aus Schellingfelde verhandelt. Der Angeklagte, der noch nicht 16 Jahre alt ist, mit einem Lohnsatz von 2 Mk. täglich bei dem hiesigen Postamt beschäftigt war, hatte am 4. Januar d. J. eine Postanweisung im Betrage von 84,15 Mk. zur Abgabe erhalten. Von dieser Summe hatte er 10 Mk. für sich behalten und dieses dadurch zu verheimlichen gesucht, daß er die Postanweisung und das Postannahmebuch falsch, indem er aus der Zahl 84 die Zahl 74 mache. Der Betrag wurde noch an

Lähmungsanfälle, welche binnen einer Stunde wieder verschwanden. (W. T.)

## Frankreich.

Paris, 25. Mai. Wie die „Lanterne“ erfährt, hätte Déroulede die boulangistische Candidatur im Departement Charente angenommen.

— Das „Journal officiel“ veröffentlicht eine Bekanntmachung der Bank von Frankreich, welche Angaben für das Erkennen der falschen Bankbillets enthält, und in welcher mitgetheilt wird, daß die Bank gegenwärtig nur 50 nachgemachte Billets zu 500 Frs. kennt. Sämtliche gegenwärtig im Umlauf befindlichen 500-Franc-Noten sollen eingezogen werden.

## Rußland.

□ [Vermindern der russischen Zolleinnahmen im Jahre 1887.] In sämtlichen russischen Zollkammern betragen 1887 die Einnahmen aus den Zöllen 64 170 464 Metalrubel und 2 105 002 Creditrubel, was ein Minus gegen 1886 von 6 605 083 Metalrubel ausmacht.

Am 27. Mai: Danzig, 26. Mai. M

demselben Tage entdeckt und Peters entlassen. Bei der Abgabe des von ihm geführten Markenbuches fand sich nun, daß an Marken der Betrag von 68 Pfennigen fehlte, welchen der Angeklagte gleichfalls in seinem Nutzen verwendet hatte. Der Gerichtshof erkannte wegen mehrerer Unterschlagungen und Urkundenfälschung auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. — Die zweite Anklage betraf gleichfalls einen Betrug, dessen der soeben Verurteilte in Gemeinschaft mit seinem Bruder Ernst Peters beschuldigt war. Die beiden Brüder hatten unter dem Vorgetheue, für den Lehrherrn des Emil Peters, den Zimmermeister Herrn Kirsch, Geld einzukassieren, an zwei Stellen 35 Mk. erlöst und für sich verbraucht. Der Gerichtshof verhängte gegen den Emil Peters eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten zufällig zu der vorstehend erwähnten Strafe und gegen Emil Peters eine Strafe von 5 Monaten. — Ein Diebstahl an mehreren Sachen, welche die Brüder Leopold und Johann Baganski aus Schellingsfelde ihrem Vater entwendet hatten, brachte dieselben auf die Anklagebank. Sie behaupteten, daß die gestohlenen Sachen theils ihnen gehört haben, theils ihnen von ihrem Vater verpflichtet worden seien. Einen Revolver hatten sie ihrem Vater weggenommen und auf die Polizei gebracht, um zu verhindern, daß der Vater denselben gegen sie benutzen könnte. Der Vater, der als Zeuge vorgeladen war, bestritt diese Angaben und erklärte sich bereit, seine Aussagen zu beschwören. Der Gerichtshof beschloß jedoch, von seiner Vereidigung abzusehen. Der Gerichtshof billigte auch den Angeklagten mildende Umstände zu und erkannte wegen schweren Diebstahls auf drei Monate Gefängnis.

\* [Leichenfund.] Die am 23. d. M. beim Milchpeter aufgefundenen Leiche ist jetzt als die des Comtoiristen Leo Hépner von hier erkannt worden. Der junge Mann wurde seit ca. 14 Tagen von seinen Angehörigen vermisst.

\* [Die Vernichtung der Blutaus]. des gefährlichsten Feindes des Aufbaumens, ist für jeden Gartenbesitzer von größtem Interesse. Das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat demgemäß Tafeln anfertigen lassen, auf welchen dieses Insect in seinen einzelnen Stadien in natürlicher Größe abgebildet, die Entwicklung des Thieres, sowie die Vernichtung und Fernhaltung derselben genau beschrieben ist. Diese Tafeln sind an die Oberpräfekten mit der Anweisung überlandt worden, dieselben in geeigneter Weise zur Vertheilung zu bringen.

[Polizeibericht vom 26. Mai.] Verhaftet: 1 Arbeiter wegen Misshandlung, 1 Mädchen wegen Diebstahls, 2 Obdachlose, 2 Bettler, 1 betrunkene Frau, 5 Dirnen. — Gefangen: 1 Portemonnaie enthaltend 46 Mk., 1 silberne englische Taschenuhr, 10 Schürzen. — Gefunden: 1 weißes Taschentuch; abzuholen von der Polizei-Direction. — Verloren: 1 goldenes mit Granaten besetztes Armband; abzugeben auf der Polizei-Direction.

+ Ladekopp, 25. Mai. In der gestrigen Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins wurde mitgetheilt, daß der Centralverein den Vereinen Aumendorf, Neukirch, Ladekopp und Tiegenhof zur Abhaltung einer Füllenschaus 300 Mark zuwendung will. Die von den Vereinen Ladekopp und Tiegenhof zu dem bezeichneten Zweck beantragten je 600 Mark, hat der Centralverein nicht bewilligen können, da die Mittel erschöpft sind. Die Abhaltung der Schau ist noch fraglich.

Marienburg, 25. Mai. Behufs Freilegung unseres Hochmeisterschlosses sind vorgefertigt wieder zwei Gebäude, die am Vorschloß belegenen Häuser des Färbereibesitzers Warkentin, für 27.000 Mk. angekauft worden. — Herr Regierungsbaurmeister Steinbrecht ist gestern von seiner mehrmonatlichen Studienreise zurückgekehrt und hat die Überleitung des Schlossbaues wieder übernommen. (M. 3.)

Aus der Tuchler Haide, 24. Mai. Die wärmeren Jahreszeit hat unsere „Jugvögel“ wieder derart aufgeregt, daß aus Konk und Umgegend nächster Tage ganze Familien nach Amerika auswandern werden. Viele junge Mädchen schließen sich den Auswanderern an in der festen Hoffnung, daß sie dort reiche Farmer zu Männern bekommen werden. (Gef.)

Thorn, 25. Mai. In der heutigen Strafammerfung wurde der Vicar Rogacki hierselbst wegen Beleidigung der hiesigen Polizei-Verwaltung und eines Polizeibeamten zu 100 Mk. Geldstrafe event. 10 Tagen Haft verurtheilt. R. hatte in einer Sitzung des Pius-Bundes eine Verfügung der Polizeibörde als eine „wunderliche“ bezeichnet und den die Versammlung überwachenden Beamten durch Ansplielen und Handbewegungen verhöhnt. — Die gleiche Strafe traf den Pfarrer v. Poblocki aus Kulm, bei einer Frau Vorhaltungen gemacht, daß sie ein Liebesverhältniß ihrer Tochter mit einem Protestant bulde, und seine Ermahnungen schließlich durch zwei Ohrfeigen bekräftigt batte.

Die Einweihung des Denkmals, welches von der bairischen Regierung auf der Kulmer Vorstadt zu Ehren der Tapferen errichtet ist, die hier 1812, wo sie nach den Befehlen ihres Kriegsherrn Napoleon Heeresfolge leistend, den Heldenstand gefunden haben, ist für morgen (Sonnabend) in Aussicht genommen. Erwartet wird hierzu eine Deputation der bairischen Armee.

M. Stolp, 25. Mai. Wie schon telegraphisch gemeldet, traf der Prinz von Wales heute Morgen hier ein. Der Prinz, welcher die Uniform seiner Blücherhusaren trug, ließ sich die zu seinem Empfange erschienenen Deputationen und Chefs der Behörden vorstellen und nahm auf dem Bahnhofe das Frühstück ein. Dann begab sich der Prinz durch die seitlich geschmückten Straßen der Stadt, in welchen die Schul Kinder Später bildeten, durch lebhafte Hochrufe begrüßt, nach dem Exercierplatz. Hier nahm der Prinz in Gegenwart des Brigad-Courmandeurs, Oberst v. Liebermann, die Parade über die 4 Schwadronen (die Cösliner Schwadron konnte nicht so schnell herankommen) ab und fuhr dann zur Stadt zurück, wo er kurze Zeit im „Hotel de Prusse“ verweilte. Dann fuhr der hohe Guest nach der Kaserne, nahm um 12½ Uhr im Offizier-Casino das Diner ein und erschien kurz vor 2 Uhr wieder auf dem Bahnhofe, wo eine aus Husaren gebildete Ehrenwache mit Standarte und Trompetencorps sich aufgestellt hatte. Im Empfangssaal nahm der Prinz dann noch ein prächtiges Bouquet aus schöner Hand entgegen, verabschiedete sich auf dem Perron von den wieder erschienenen Spiken der Behörden, wie vom Offiziercorps und fuhr um 2 Uhr 5 Minuten unter brausenden Hochrufen nach Berlin zurück.

Königsberg, 25. Mai. Der Magistrat ist den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung über die Errichtung allgemeiner gewerblicher Fortbildungsschulen durchweg beigetreten und jetzt bereits mit den Arbeiten für die Organisation dieses neuen Verwaltungszweiges beschäftigt.

S. Pillau, 25. Mai. Nachdem die Strömung aus unferem Seetief den angeschwemmten Sand fortgeführt hat, sind wieder 20 Fuß Fahrrässer in der Fahrinne, so daß die unsern Hafen besuchenden großen Schiffe das Geetief mit voller Ladung passieren können. — Ein am 23. d. Mts. Nachmittags im Gute Kochstädt ausgebrochenes Feuer hat in ca. zwei Stunden fünf Wirtschaftsgebäude vernichtet. In einem der Stallgebäude sind drei Räuber verbrannt.

Insterburg, 25. Mai. Eine Versammlung von Spiritus-Interessenten fand heute Nachmittag hier statt, die von etwa 6 Brennereibesitzern und ebenso viel Spiritus-händlern besucht war. Es handelte sich um den Beitritt zu einer Zukunfts-Spiritusbank. Obwohl Herr Graf Kranian die Vorurtheile einer solchen in lebhafter Rebe beleuchtete, vermochte er die Anwesenden nicht zu überzeugen, so daß die Versammlung vollständig resultlos verließ. (Ostb. Btg.)

Eck, 24. Mai. Bei dem (gestern gemeldeten) großen Feuer in Augustow sind, wie jetzt die genaue Zählung erwiesen hat, 320 Gebäude niedergebrannt.

\* Dem Gutsbesitzer Rabenmacher zu Winge (Kreis Tilsit) ist die in Silber ausgeprägte Gesitt-Medaille verliehen worden.

Bon der Memel, 24. Mai. Ein Unglücksfall, dem zwei Menschenleben zum Opfer gefallen sind, ereignete sich, der „Tils. Btg.“ zufolge, bei Mohnweihen am 22. d. Mts. Die nicht mehr junge Frau des Amtsdieners Stanislaus aus Mohnweihen brachte das kleine Mädchen von Verwandten, welche auf der entgegenseitigen Seite der Gilge, im Delta, wohnen, diesen hinüber, nachdem sie dasselbe in den Feiertagen zur Unterhaltung bei sich gehabt hatte. Der Frau stand zum Uebersetzen nur ein sehr gebrechliches Fahrzeug, ein sogenannter „Schleif“, zur Verfügung. Bei dem heftigen Winde fürchtete sie, mit diesem die Uebersetzung zu machen. Zwei anwesende Anechte erboten sich jedoch, sie damit hinüberzubringen. Der elende Nachen, der bei ruhigem Wetter von einer Person nur mit Vorsicht benutzt werden kann, geriet bald in die außerhalb der Buhnenköpfe befindliche Strömung. Eine Welle leckte hinein, der bald eine inseeite folgt, welche die Nachschale füllt — und alle vier Personen, des Schwimmens unkundig, versinken in die Tiefe. Wie ein Wunder ist es anzusehen, daß das kleine Mädchen nach oben kam und schwamm, so daß es von Personen gerettet werden konnte, die auf die Hilferufe herbeieilten; dergleichen wurde ein Anecht gerettet, der sich an dem umgesetzten Rahmen festhielt, während die anderen beiden Personen ihren Tod in den Wellen fanden.

### Vermischte Nachrichten.

\* [Auch eine Lebensrettung.] Der ungarische Honvéd-Lieutenant Ritter v. X. geriet Abends in einem Fischerausse mit einem anderen Herrn in Streit. Eine Forderung war die Folge. Ritter v. X. schämte vor Wuth, aber weil sowohl er wie seine Cartellträger an dem bewußten Abend des ebdn Ungarns sehr viel genossen hatten, konnte der Handel nicht gleich ausgeschlossen werden. Am anderen Tage sahle ihm die Karte seines Gegners und damit dessen Name. Als er endlich nach zwei Wochen denselben wieder weiss, läuft er selbst zu dem Fremden, um ihn zur Rede zu stellen. „Wo ist Herr v. P.?“ rief er dem Diener zu. „Ich muß ihn sofort sprechen.“ — „Ich bedauere sehr, mein Herr, aber Herr v. P. ist — —“ — „Iß ausgegangen! Das kennt man schon. Melben Sie mich sofort und sagen Sie ihm, daß ich ihn unter allen Umständen sprechen muss. Er hat mich beleidigt — das fordert sein Blut.“ — „Herr v. P. ist vor acht Tagen plötzlich an einer Lungenentzündung gestorben.“ — „Ah — ah! Das hat ihm das Leben gerettet!“

### Briefkasten der Redaktion.

G. J. hier: Bei städtischem Gesinde beträgt, wenn nicht längere oder kürzere Fristen ausdrücklich vereinbart sind, die Mietzeit 3 Monate, die Ründigungsfrist in diesem Falle 6 Wochen. Ein Dienstverhältniß, das Ansangs Juli endigen soll, mußte also Mitte Mai gekündigt werden.

### Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 26. Mai. (Privattelegramm.) Der Kaiser war heute wieder ganz wohl und beabsichtigt, im Laufe des Nachmittags eine Ausfahrt nach Berlin zu machen.

Berlin, 26. Mai. (Privattelegramm.) Das Schullastengesetz wurde heute im Abgeordnetenhaus nach den Beschlüssen des Herrenhauses mit 194 gegen 121 Stimmen angenommen.

Von den Conservativen stimmten dagegen Sack, Anoch, v. Hammerstein, v. d. Reck, ferner v. Meier-Arnswalde, und von den Nationalliberalen plimke, v. Schierföld (conservativ) enthielt sich der Abstimmung. Mit der Majorität stimmten von den Freisinnigen Schneider und Münnich.

### Börzen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, den 26. Mai.

Ora. v. 25.

			Cra. v. 25.
Weizen, gelb		2 Orient-Akt.	51.00 51.10
Mai-Juni	174.70	173.50	51.00 51.10
Sept.-Okt.	178.00	177.00	51.00 51.10
Rogen		Franzosen.	35.40 35.40
Mai-Juni	132.00	129.70	35.40 35.40
Sept.-Okt.	137.50	135.70	35.40 35.40
Detroitzburg re.		Disc.-Comm.	192.40 192.60
200 M.	23.00	22.80	192.40 192.60
Loco.		Discr. Noten	160.85 160.85
Mai-Juni	46.60	46.90	170.40 170.15
Sept.-Okt.	46.90	47.10	170.40 170.15
Spiritus		Russische 5%	126.32 126.20
Mai-Juni	—	G.W.-B.s. A.	126.32 126.20
August-Sept.	34.20	34.10	126.32 126.20
3½ Consols	35.40	35.40	126.32 126.20
3½ Consols 2½ m. westl.	107.90	107.90	126.32 126.20
Pfandbr.		Delmühle	113.75 113.75
do. II.	99.90	100.00	113.75 113.75
do. neue	99.90	100.00	113.75 113.75
5½ Rum.-G. R.	91.75	91.90	113.75 113.75
Ung. 4% Gibr.	78.10	77.70	113.75 113.75
Danzig		Gardiner-Glazie 102.75	113.75 113.75
		Sonsbarrie: lettisch.	

Hamburg, 25. Mai. Getreidemarkt. Weizen locs fest, holsteinscher loco 182—186. Rogen loco ruhig, mecklenburgischer loco 136 bis 142, russischer loco 111—95. Hafer ruhig. Serte still. Röbel ruhig, loco 146. Spiritus matt, per Mai 22½ Br., per Juni-Juli 22½ Br., per Juli-August 22½ Br., per September-Dezbr. 22½ Br. Rogen loco 119—121, 122—123, 124—125, 126—127, 128—129, 130—131, 132—133, 134—135, 136—137, 138—139, 139—140, 140—141, 141—142, 142—143, 143—144, 144—145, 145—146, 146—147, 147—148, 148—149, 149—150, 150—151, 151—152, 152—153, 153—154, 154—155, 155—156, 156—157, 157—158, 158—159, 159—160, 160—161, 161—162, 162—163, 163—164, 164—165, 165—166, 166—167, 167—168, 168—169, 169—170, 170—171, 171—172, 172—173, 173—174, 174—175, 175—176, 176—177, 177—178, 178—179, 179—180, 180—181, 181—182, 182—183, 183—184, 184—185, 185—186, 186—187, 187—188, 188—189, 189—190, 190—191, 191—192, 192—193, 193—194, 194—195, 195—196, 196—197, 197—198, 198—199, 199—200, 200—201, 201—202, 202—203, 203—204, 204—205, 205—206, 206—207, 207—208, 208—209, 209—210, 210—211, 211—212, 212—213, 213—214, 214—215, 215—216, 216—217, 217—218, 218—219, 219—220, 220—221, 221—222, 222—223, 223—224, 224—225, 225—226, 226—227, 227—228, 228—229, 229—230, 230—231, 231—232, 232—233, 233—234, 234—235, 235—236, 236—237, 237—238, 238—239, 239—240, 240—241, 241—242, 242—243, 243—244, 244—245, 245—246, 246—247, 247—248, 248—249, 249—250, 250—251, 251—252, 252—253, 253—254, 254—255, 255—256, 256—257, 257—258, 258—259, 259—260, 260—261, 261—262, 262—263, 263—264, 264—265, 265—266, 266—267, 267—268, 268—269, 269—270, 270—271, 271—272, 272—273, 273—274, 274—275, 275—276, 276—277, 277—278, 278—279, 279—280, 280—281, 281—282, 282—283, 283—284, 284—285, 285—286, 286—287, 287—288, 288—289, 289—290, 290—291, 291—292, 292—293, 293—294, 294—295, 295—296, 296—297, 297—298, 298—299, 299—300, 300—301, 301—302, 302—303, 303—304, 304—305, 305—306, 306—307, 307—308, 308—309, 309—310, 310—311, 311—312, 312—313, 313—314, 314—315, 315—316, 316—317, 317—318, 318—319, 319—320, 320—321, 321—322, 322—323, 323—324, 324—325, 325—326, 326—327, 327—328, 328—329, 329—330, 330—331, 331—332, 332—333, 333—334, 334—335, 335—336, 336—337, 337—338, 338—339, 339—340, 340—341, 341—342, 342—343, 343—344,

Gall Lebende er Meldung.  
Die heute Mittags erfolgte glückliche Geburt eines gelben Göhnden zeigen hoherfreut an  
Abl. Rauben, den 25. Mai 1888.  
R. Grehke und Frau,  
3854 geb. Kiep.

Hirsch-Weiß  
Ausstattungs-Verein.  
General-Versammlung Sonntag, den 27. d. Mts., Vormittags 11½ Uhr im Kaiserhof.  
Tagesordnung:  
1. Rechenschafts- und Verwaltungsbericht pro 1887.  
2. Bericht der Rechnungs-Commission pro 1887.  
3. Erneuerung der Rechnungs-Commission pro 1888.  
4. Wahl des Vorstandes und der Stellvertreter.  
3809) Der Vorstand.

Loope!

Marienburger Schloßbau-Lotterie, Hauptgewinn 90 000 M.  
Loope à 3 M.

Mecklenburgs. Pferde-Lotterie,ziehung 24. Mai. Loope à 1 M.

Marienburger Pferde-Lotterie, ziehung 9. Juni. Loope à 3 M.

Rothe Kreuz-Lotterie von Neuwied, ziehung 27. Juni. Loope à 1 M.

zu haben in der

Egypedition der Danz. Zeitung.

Gässeler Pferde-Lotterie, Zich.

30. Mai. Loope à 3 M.

Martendorf'sche Pferde-Lotterie

Ziehung 9. Juni. Loope à 3 M.

Marienburger Geld-Lotterie.

Hauptgew. 90 000 M. Loope à 3 M.

Cörelsche Innenraclamer Pferde-

Lotterie à 1 M.

Loope der Bühnen - Genossen-

schafts-Lotterie à 1 M.

Neuwieder Rothe Kreuz - Lot-

terie, Hauptgewinn 30 000 M.

Loope à 1 M. bei

W. Berling, Berkerg. Z.

Marienburger Geld-Lotterie.

Ganze Loope 3 M. halbe

Loope 1 ½ M empfiehlt Fern-

Lau, Wohlwebergasse 21. (3067)

Künstliche Bähne, den

natürlichen in Farbe und

Gebräuch gleich, fertig,

sowie Blumen und Bähn-

chen, ohne Schmerzen, zu

den billigsten Preisen

J. F. Gräber, Danzig,

Langgasse 42, 1 Tr.

Bauer's

Rothlauf-Gift,

einzig zuverlässiges Mittel und

Glücks gegen Rothlauf, Feuer

und Bräune der Schweine, hat

auch in vorigem Jahre sich selbst

in den schwierigsten Fällen, wo

vor Anwendung desselben halbe

Gäste ausstarben, glänzend be-

währt und sind hierüber jeder

Flasche die Alteste beigegeben.

Auch als Präservativ wird

dasselbe mit bestem Erfolg auf

vielen großen Gütern angewendet.

In Flaschen à 1 M. und Salbe à

75 S. bei Apotheker Jek./Praust.

Apotheker Gerde i. Dhr., Apo-

theke in Oliva. (3825)

Bromwasser nach Erlenmeier,

Arcoswasser, vryrophos-

phorsaur Eisenwasser, Lithion-

wasser, Galienlauernwasser etc.

sowie sämtliche Mineralbrunnen

in stets reicher Füllung empfiehlt

die Mineralwasser-Fabrik

des Dr. Richter,

4. Damm 6. (3882)

Citronen- und Apfel-

frünen-Essen,

Kirsche- und Himbeerlaft

empfiehlt (3819)

Hans Opih,

am Rathause, Drogerie und

Parfümerie, Gr. Krämergasse 6.

Neue engl.

Matjes-Heringe

frische

Malta - Kartoffeln,

in vorzüglicher Qualität,

Kieselfelder

Stangenspargel,

50 u. 20 Pfl. pr. M.

Delicaten

Räucherlachs,

pr. Pf. 2 Mk.,

empfiehlt (3836)

Rudolf Baedeker,

22. Holzmarkt 22.

Feinste saure Dill-

Gurken in Fässern von 4 bis

20 Stück empfiehlt (3837)

D. A. Bertram,

Danzig, (3848)

Gr. Schwabengasse 22.

Speckfundern,

Lachs, Gör, Kal, Büchlinge,

Caviar empfiehlt und verleiht

M. Jungermann,

Melsergasse 10 (Fischherber).

Feinster pro kg 2,25 M.

gekennzeichnete lange

Caviar mit Rümmel per

Schod 1,70 M. zur Probe 3 Et.

10 S. empf. S. Cohn, Fischmarkt

12, Eingang Tobiasgasse in der

Heringhandlung. Auch empfiehlt

alle Arten Röse u. Heringe billigst.

Gras-Butter.

Täglich frische, feinste Gras-

Butter à M. 1,00 und 1,10 M.

empfiehlt C. Bonnet, Melserg. 1.

Mikado-Kämme

in Schildpatt und Imitation em-

fiehlt in grösster Auswahl

W. Unger,

Langenmarkt 47, neben der Börse.

Hut-Lack,

braun und schwarz, schnell

trocknend, sowie

Aufbürt-Farben

um alte getragene Kleider

wieder wie neu herzustellen

empfiehlt billigst

Albert Neumann,

Langenmarkt 3.

Gumbladen, im El. 1088.  
Die siebzehnte Versammlung des Preußischen Forstvereins für beide Provinzen Preußen trifft

Montag, den 18. Juni 1888,  
Morgens 10 Uhr, in der Stadt Deutsch-Enslau im Schuhengarten zusammen.

Die zur Verhandlung kommenden Gegenstände sind den Herren

Mitgliedern bekannt gemacht.

Nach der Sitzung gemeinschaftliches Essen im Hotel Kronprinz.

Dienstag, den 19. Juni

Reisefahrt zu Wagen durch Theile der Gräflich Schönberger Forsten,

gemeinschaftliches Frühstück in Försterei Lannoch.

Anmeldebüro bis zum 5. Juni bei Herrn Bürgermeister

Staffel in Deutsch-Enslau erbeten.

Die in Deutsch-Enslau ankommenden Herren Mitglieder werden

auf dem Bahnhof Auskunft über Wohnungen erhalten. Versammlungsort für den Abend des 17. Juni der Schuhengarten. (3830)

Der Vorsitzende Hildebrandt. Der Vereinsekretär Weber.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 20. d. Mts., Nachmittags 5 Uhr, auf dem Kirchhof zu Steegen statt. (3831)

Gestern entschlief nach langem Krankenlager meine geliebte Mutter die verstorbenen Frau

Dr. Schumann, geb. Wirthschaft,

in ihrem 68. Lebensjahr. Diese Anzeige anlässt jeder besondere Neubildung. (3877)

Bereit, den 25. Mai 1888. Richard Schumann.

Concursverfahren.

Über das Vermögen der Gastwirtin Frau Anna Eilers zu Tuchel wird heute am 25. Mai 1888, Vormittags 10 Uhr 50 Min.

das Concursverfahren eröffnet.

Concursverfahren Rechtsanwalts

Ponath in Tuchel. N. 2/88.

Öffener Arrest mit Anmelde-

frist bis zum 14. Juli 1888.

Erste Gläubigerversammlung am 21. Juni 1888, Vormittags 10 Uhr. Prüfungstermin am 28. Juli 1888, Vormittags 10 Uhr.

Tuchel, den 25. Mai 1888.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von 105 Schaf-

frisch gehauenen Läbholz-Fa-

shinen, sowie 100 Schaf-Buchen-

Pählen, zu Uferbauten an der

neuen Radbahn, soll in Sub-

mission vergeben werden.

Verleihete Öfferten sind bis

zum 30. Mai cr.

Vormittags 12 Uhr, im Bau-

bureau, Langgasse Thor, abgegeben, wobei ebenfalls auch im

Secretariat die Bedingungen ein-

gesehen werden können. (3879)

Danzig, den 28. Mai 1888.

Der Magistrat.

Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn.

Mit dem 1. Juni cr. tritt für die diesjährige Strecke ein neuer Fahrplan in Kraft.

Der Betrieb ist auf unseren Stationen einzusehen und auch häufig von denjenigen zu erwarten,

Danzig, den 25. Mai 1888.

Die Direction. (3877)

Auction mit Arbeitswagen.

Donnerstag, den 31. Mai cr., Vormittags 10½ Uhr, werden auf dem Hofe der Zuckersfabrik Gr. Kinder (3878)

10 starke 4' Arbeitswagen verkauft.

Widerruf

# Beilage zu Nr. 17087 der Danziger Zeitung.

Gonnabend, 26. Mai 1888.

## Abgeordnetenhaus.

Abg. Windhorst: Es handelt sich heute um die wichtigste Abstimmung der ganzen Sessjon; es handelt sich um eine Rechtsfrage, um eine Gewissensfrage, nicht um eine Opportunitätsfrage, bei der man nachgeben kann, um eine Einigung herbeizuführen. Wer in dieser Frage, in der sachlich nichts Neues beigebracht ist, anders stimmt, als früher, der macht geradezu volle face. Bis mich die Abstimmung eines anderen belehrt, glaube ich nicht an eine solche Wandelung. Wenn sich eine solche Wandelung bei vielen Herren ermöglicht, dann wird man sich im Volke fragen, ob solche Männer noch geeignet sind, im öffentlichen Leben eine Vertrauensstellung einzunehmen. Durch solche Schwankungen wird das Ansehen des Parlaments geschädigt; viel Ansehen haben die Parlamente ohnehin nicht mehr zu verlieren. (Geht richtig!) Dass Abgeordnete aus Zweckmäßigkeitgründen für die Verfassungsfrage gestimmt haben, muß ich für meine Freunde ablehnen. (Finanzminister v. Scholz: Zustimmende Jurufe habe ich gehört!) Ich habe auch einige solche Jurufe gehört und mich darüber gewundert, daß es Männer in diesem Hause giebt, die dem Finanzminister für seine Behauptung ein Relief geben. Wie kommt der Finanzminister dazu, in dieser Frage die Hauptrolle zu spielen, trotzdem dieselbe eigentlich Sache des Cultusministers wäre? Der Cultusminister hat der Verfassungsfrage nicht widerprochen, während der Finanzminister heute hier noch schärfer aufgetreten ist als im Herrenhause, indem er sein Gewissen in die Debatte brachte. Die Gründe dafür können nur in dem Depeschenwechsel zwischen Berlin und Varzin liegen, auf den man schließen muß. Wenn zwischen der Volksvertretung und der Regierung in der Auslegung der Verfassung eine solche Meinungsverschiedenheit besteht, dann muß man die Sache zum Gegenstand einer besonderen Vorlage machen und die Zweifel zu lösen versuchen, aber nicht solche Gewaltmittel gebrauchen, um die Gewissen zu unterdrücken; das wäre ein Verbrechen! (Präsident v. Möller: Ich nehme an, daß der Redner nicht von Handlungen der Regierung spricht.) Ich habe nur bedingungsweise gesprochen; wer es sich annimmt, den trifft's. (Heiterkeit.) Die Verfassungsfrage liegt sehr einfach: die Aeußerungen des conservativen Hrn. Gack und die juristischen Deductionen des Hrn. Reichensperger sind viel mehr wert, als die Finessen des Finanzministers und des Hrn. v. Gneist. Wir haben dem Zustandekommen des Gesetzes zu lieben manche Concessions gemacht; wir wollen noch die weitere Concession machen und den materiellen Beschlüssen des Herrenhauses zustimmen, wenn die Verfassungsänderung anerkannt wird. Sonst würden wir es lieber sehen, daß die Summen den Gemeinden in der Form der Grund- und Gebäudesteuer überwiesen werden. Der Kaiser hat es ausgesprochen, daß alle Unterthanen seinem Herzen gleich nahe stehen; er hat sich über das Schulwesen ausgesprochen in einer Weise, die ihm die Bewunderung der Nachwelt sichern wird, vielleicht am meisten dann, wenn seine Minister seinen Ansichten am wenigsten gefolgt sein werden. Wir haben in vielen Dingen nachgegeben, aber wir müssen halt machen vor der Verfassung. Diese Haltung wird das Volk wohl begreifen. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Gerlach (cons.): Es handelt sich um keine Parteifrage, sondern um eine Auslegungsfrage. Wenn man sich in einer solchen nicht klar wird, so kann man wohl auch Autoritäten folgen. Hr. Richter sagt: Nein, am wenigsten einem Beschlusse des Herrenhauses, dessen Existenz überhaupt nicht berechtigt sei. Ich halte die Existenz des Herrenhauses für berechtigter und nothwendiger als die Existenz des Herrn Richter und der ganzen freisinnigen Partei. (Unruhe links. Rufe: Geht höflich! Da lernt man Höflichkeit!) Redner habe früher nur für den § 7 gestimmt, um das Gesetz zu Stande zu bringen; aus demselben Grunde werde er sich dem Beschluss des Herrenhauses anschließen.

Abg. Reichensperger (Centr.): Zunächst will ich dem Vorredner bemerken, daß die Aeußerung des Abg. Richter über das Herrenhaus einen ganz anderen Sinn hatte. (Geht richtig! links.) In der Sache handelt es sich nicht um Parteidendenzen, sondern um verfassungsmäßige Ueberzeugung. Die im Herrenhause geltend gemachten Gründe sind hier vor der Abstimmung schon besser als dort vorgetragen worden, sie sind hier gewogen, aber zu leicht befunden worden. (Geht gut.) Und selbst im Herrenhause hatten v. Kleist-Röhl und Dr. Miquel die gute Meinung von der Majorität hier, daß sie ihr Votum nicht auf den Herrenhausbeschluß ändern würde. Wir wollen sehen, ob die Meinung berechtigt ist. Der Finanzminister hat im Herrenhause alle Hände voll Geld und hier stimmte er gegen jede Erhöhung. (Geht richtig!) So betrübende Erscheinungen, wie sie bei Gelegenheit dieses Gesetzes hier hervortreten, sind mir in meiner 40jährigen parlamentarischen Thätigkeit nicht vorgekommen. Ist denn der Verfassungsidee minder heilig als der Zeugen eid, weil die Verleugnung des letzteren den Staatsanwalt herbeiruft? Ein Wechsel des Votums in einer Verfassungsfrage ist nur dann denkbar, wenn sich das frühere Votum als offenscher Irrthum herausgestellt hat. Die historische Entstehung, der Sinn unserer Verfassung widersprechen der jetzt von den Herren beliebten Auslegung. Ich bitte deshalb dringend, den § 7 wieder herzustellen.

Minister v. Gochler: Der § 7, wie er beschlossen war, schiebt einen Riegel vor den Artikel 25 und öffnet ihn nur für dieses Gesetz. Die Regierung hat ihren Standpunkt in der dritten Lesung deutlich genug gewahrt und sich ihre Schritte für die Zukunft offen behalten. Ich muß auch heute noch die Ansicht der Regierung als die richtige bezeichnen, nachdem ich die ganze Materie nochmals gründlich studirt habe. Bei allen früheren Gesetzen auf dem Gebiete des Schulwesens hat man anerkannt, daß es möglich sei, entgegen den allgemein gehaltenen Artikeln der Verfassung mit Specialgesetzen vorzugehen, mit provisorischen Gesetzen, wie auch das vorliegende eins ist. Das Wort „nur“ steht im Artikel 25 nicht, und der Artikel ist ohne dasselbe auch vollständig verständlich. Die Gemeinden und die sonstigen Verpflichteten müssen die Schulen unterhalten, der Staat soll subsidiär verpflichtet sein; aber es hindert ihn nichts, auch freiwillig seinerseits einzutreten. Der Minister geht auf die Entstehungsgeschichte des Art. 25 ein und findet in den Verhandlungen nirgends eine Andeutung, daß der Staat

dürfniszuschüsse hinaus den Gemeinden Gelder zuwenden könne. Die Handhabung des Art. 25 geht dahin, daß etwa 15 000 Gemeinden Zuschüsse zu den Besoldungen erhalten, von denen keine einzige ihr Unvermögen nachgewiesen hat; ebenso geht es mit den Zuschüssen für Schulbauten. Wenn die Unterrichtsverwaltung den Bedürfniszuschwanz fordern wollte, dann würde es zu unerträglichen Zuständen kommen. Wenn man sich so von der eigentlichen Absicht des Art. 25 überzeugt hat, dann kann man Hohn und Spott über sich ergehen lassen; man hat dann den Trost, das Richtige gehabt zu haben, und das ist mehr wert als der Beifall anderer. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Schwerin (cons.): Ein Theil der Conservativen ist gewillt, an dem Votum vom 19. April festzuhalten. (Beifall im Centrum und links.) Die Regierung hat sich während der ganzen Berathung nicht in entschiedener Weise ablehnend gegen den § 7 verhalten. Dieser lag im Wortlaut schon bei der zweiten Lesung vor. Gleichwohl greift die Regierung erst heute diesen Wortlaut an. Der sachliche Inhalt der Vorlage macht uns sehr geneigt, uns den Anschauungen des Herrenhauses zu folgen, wenn wir es könnten. Aber wir haben die gewissenhafte Beobachtung der Verfassung gelobt und können unser Votum nicht nach opportunistischen Rücksichten bestimmen. Auch ich fasse den Artikel 25 dahin auf, daß Specialgesetze zwar erlassen werden können, soweit sie sich in der Richtung der Verfassungsgrundzüge, nicht aber so bald sie sich in entgegengesetzter Richtung bewegen. Nun spricht man, der Staat könnte nicht verhindert werden, freiwillig mit seinen Leistungen über das Unvermögen der Gemeinden hinauszugehen; aber in der That ist freiwillig doch nur der Beschluß der Factoren der Gesetzgebung. Mit der Publication des Gesetzes hört die Freiwilligkeit auf und jede Gemeinde hat dann ein klagbares Recht auf die Dotations. Der Finanzminister sprach von Zukunftsplänen, von einer Bevolligung von 30 Millionen. Geht das so weiter, dann könnten wir in einen Zustand kommen, welcher alle Leistungen der Gemeinden für die Volksschule in Wegfall brächte. Wäre das auch noch mit Art. 25 vereinbar? (Hört! hört!)

Finanzminister v. Scholz: Von dem Herrn Vorredner trennt die Regierung nur außerordentlich wenig. Der Hauptirrtum seiner Deductionen liegt darin, daß er etwas, was die Verfassung nicht geboten hat, für gleichbedeutend einem Verbot erachtet. Dem können wir uns nicht anschließen. Wir wollen jetzt den Gemeinden mit Staatsmitteln reichlicher helfen als früher denkbar war. Darin liegt unsere ganze Differenz.

Abg. Richter: Wenn zwei Größen einer dritten gleich sind, so sind sie unter einander gleich. Da mich vom Grafen Schwerin garnichts trennt, und eben so wenig den Hrn. Finanzminister, wie er sagt, vom Grafen Schwerin, so bin ich dem Hrn. Finanzminister vollständig gleich. (Heiterkeit.) Der Hrn. Finanzminister mag daraus erkennen, daß es sich hier wirklich nicht um eine Parteifrage handelt. Bei einer solchen Harmonie von rechts und links ist das nicht möglich. Zu meiner Verwunderung hat der Abg. v. Gerlach gegen sein sonstiges Verhalten sich die Sache heute sehr leicht gemacht. Ich kann mir das nur daraus erklären,

zeugung gestimmt hat. Die Vorgänge im Herrenhause und hier sind unerhört in unserer parlamentarischen Geschichte. Ich habe die Verfassungsänderung für selbstverständlich gehalten; ich habe keine Ahnung gehabt, daß daran das Gesetz scheitern werde. Wir haben den § 7 formell nicht für annehmbar gehalten; die Staatsregierung äußerte Bedenken, aber sie sprach nicht das Wort unannehmbar aus, welches bei der Finansfrage in § 1 sofort ausgesprochen wurde. Wir stimmten dem § 7 zu, weil wir meinten, die Regierung sei mit der Mehrheit in Bezug auf die Verfassung einverstanden. Jetzt im Herrenhause erfahren wir, daß die Regierung damit nicht einverstanden ist. Welches ist denn die Majorität, auf welche die Regierung sich stützt? Was hr. v. Hammerstein in der „Kreuzzeitung“ mittheilt über die Verabredung mit dem Cultusminister, war auch uns so erzählt worden; die Verfassungsänderung sollte in das Compromiß mit eingeschlossen sein! Der Cultusminister meinte, man könnte doch den Conservativen nicht zumuthen, schon nach zwei Tagen eine andere Stellung einzunehmen! Also eine Anstandspause sollte den Conservativen bewilligt werden zum Umfallen. Das ist sehr schmeichelhaft für die Conservativen. Den Bedenken des Finanzministers und des Cultusministers kann ich eine gewisse Berechtigung nicht ab sprechen; um denselben entgegenzukommen, erlaube ich mir, für die Specialdiscussions einen Antrag einzubringen, nach welchem hinter dem ersten Satz des Art. 25 der Verfassung, welcher die Bestimmung enthält, daß im Falle des nachgewiesenen Unvermögens die Mittel zur Unterhaltung der Volksschulen vom Staat aufgebracht werden, eingefügt wird: „In welchen anderen Fällen Mittel des Staates hierfür zur Verwendung kommen, bestimmt das Gesetz.“ Der von mir vorgeschlagene Weg ist nach den heutigen Erklärungen des Cultusministers durchaus gangbar. Noch wichtiger für mich ist die Frage, ob die Regierung denn kein Bedenken mehr hat gegen die Fassung des § 5, welche doch auch dem Verfassungsparagraphen, der die Aufhebung des Schulgeldes in allen Fällen verlangt, nicht entspricht. Wenn der Finanzminister im Herrenhause angedeutet hat, daß im Falle des Scheiterns der Vorlage in der nächsten Sessjon ein Gesetz kommen werde, das noch größere Summen gewähre, so hat er durchblicken lassen, daß er größere Mittel schon jetzt zur Verfügung hat. Wie wäre es, wenn er von den zehn Millionen, die er versprach, die Hälfte für dieses Gesetz opferte? Über hundert Millionen neue Steuern sind im Reichstage benannt worden unter Voraussetzung einer daraus resultierenden Erleichterung auf anderem Gebiete. Sobald aber diese schönen Versprechungen Wahrheit werden sollen, werden an allen Enden und Enden Bedenken erhoben. Vielleicht wird dieses Vor gehen den Vortheil haben, daß die Abgeordneten und die Wähler im Reich in Zukunft vorsichtiger sein und da einen Riegel vorschieben werden. Ich bitte Sie, schlagen Sie den von uns bezeichneten Weg ein und stellen Sie uns nicht vor die Alternative, entweder gegen unser Gewissen zu stimmen oder dem Lande diejenigen materiellen Wohlthaten zu versagen, welche ihm nach den gemachten Versprechungen zukommen. (Beifall links.)

Minister v. Gochler betont nochmals, daß für die Regierung bei dieser Frage keine Parteilichkeiten, sondern

lediglich sachliche Gründe maßgebend gewesen seien. Ueber den Antrag Rickert könne er sich augenblicklich noch nicht aussprechen, gebe aber zu bebenken, daß, da der Antrag eine nochmalige Abstimmung nach drei Wochen erforderne, derselbe gleichbedeutend sei mit einer Ablehnung der Vorlage.

SS 1-6 werden angenommen. Die Dedatte wendet sich zu dem Antrage Windthorst, den früheren § 7 wiederherzustellen, und dem von Rickert im Laufe der Debatte eingebrochenen Abänderungsantrag.

Abg. Rickert: Der Finanzminister hat sachlich gegen meinen Antrag eigentlich garnicht einzuwenden gehabt; hätte die Regierung sich früher für diesen Antrag, der schon der Commission vorlag, erklärt, dann hätten wir uns längst bei der zweiten Lesung geeinigt. Bei so wichtigen Fragen müssen wir Zeit haben.

Dreimal werden Vertragungsanträge abgelehnt. Die Redner sind der im Hause herrschenden großen Unruhe wegen nur schwer verständlich.

Die Discussion wird geschlossen.

Hierauf beantragt Abg. Rickert, über seinen und Windthorsts Antrag erst dann abzustimmen, wenn das Haus über die Giltigkeit der Wahlen der Abgeordneten v. Puttkamer und Döhring beschlossen hat. (Große Unruhe rechts, Zustimmung links.) Das Schicksal des Antrags Windthorst könnte von einer oder zwei Stimmen abhängen, und bisher sei es immer Sache gewesen, daß vor einer solchen entscheidenden Abstimmung diejenigen Mitglieder, deren Wahl einstimmig von der Commission für ungültig erklärt sei,

nicht mehr an den Abstimmungen Theil nehmen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Döhring erklärt, daß er sich der Abstimmung enthalten wolle.

Abg. Rickert: Man kann nicht eher seine Stimme abgeben, als bis man hier gefragt wird. Bei der gegenwärtigen Situation kann der Herr nicht einmal an der Abstimmung über die Vertragung teilnehmen; er hat aber, obwohl er kein gütiges Mandat besitzt, dafür gestimmt. (Heiterkeit.)

Abg. Windthorst: So lange die Wahl eines Mitgliedes vom Hause nicht für ungültig erklärt ist, kann dasselbe an der Abstimmung teilnehmen. Erfahrungsmäßig aber haben solche Mitglieder nach der Cassation ihrer Wahl in der Commission sich der Theilnahme an den Berathungen enthalten.

Abg. Rickert beantragt, daß über seinen Antrag auf Vertragung der Abstimmung bis nach dem Votum über die Wahlen Puttkamer und Döhring namentlich abgestimmt werde.

Dieser Antrag wird mit 235 gegen 88 Stimmen abgelehnt.

Darauf wird der Principalantrag Rickert gegen die Stimmen der Freisinnigen und einiger Nationalliberalen abgelehnt.

Der Antrag Windthorst wird mit 179 gegen 148 Stimmen verworfen. 6 Mitglieder enthalten sich der Abstimmung.

Für den Antrag Windthorst stimmen die Freisinnigen, das Centrum, die Polen, von den Nationalliberalen der Abg. v. Egnern und eine kleine Minderheit von

Conservativen. Dagegen stimmen das Gros der Conservativen, die Freiconservativen und die Nationalliberalen.

Darauf vertagt das Hause die weitere Berathung auf Sonnabend.

## Biehmarkt.

Berlin, 25. Mai. (Städtl. Central-Biehhof. Amtlicher Bericht der Direction.) Am heutigen kleinen Freitagsmarkt standen zum Verkauf: 228 Rinder, 987 Schweine, 989 Räuber und 1077 Hammel. Kinder wurden etwa 60 Stück verschiedener, meist geringer Qualität, zu bisherigen Preisen abgesetzt. — Der Schweinemarkt verlief ruhig und wurde geräumt. Man bezahlte 32-38 Pf. per 100 kg je nach Qualität mit 20 % Tarif. — Für Räuber waren bei ebenfalls ruhigem Handel etwas bessere Preise zu erzielen als am Montag. 1a. 42-50 Pf., 2a. 30-38 Pf. per kg Fleischgewicht. — Hammel blieben ohne Umsatz.

## Zucker.

Magdeburg, 25. Mai. (Wochen-Bericht der Magdeburger Börse.) Rohzucker. In der größeren Hälfte dieser, durch die Pfingstfesttage unterbrochenen Woche ruhte das Geschäft fast vollständig. Erst in den letzten Tagen trat von Seiten unserer heimischen Raffinerien wieder etwas mehr Begehr auf, das kleine Angebot fand in Folge dessen in durchschnittlich leichtnotirten Preisen schlank Verwendung. Für einzelne günstig gelegene und beliebte Qualitäten wurden sogar schließlich ca. 15 Pf. per Centner höhere Forderungen bewilligt. Umsatz ca. 75 000 Cir.

Raffinerie Zucker hatten auch während dieser Woche bei meist nominalen Preisen den bisher geschilderten, sehr stillen Markt und wurden Umsätze nur sehr wenig bekannt.

## Schiffsliste.

Reisfahrmässer, 25. Mai. Wind: W. Angekommen: Gilvia (GD), Lindner, Flensburg, Güter. — Mauritius (GD), Mc. Farlane, Glasgow, Kugeln und Güter. — Saren, Könne, Nesse, Ballast.

Gefegelt: Krebsmann (GD), Kroll, Stettin, Getreide und Güter. — Friede (GD), Oltmanns, Leith, Holz. — Norland (GD), Enes, Christiania, Getreide und Mehl.

26. Mai. Wind: N.

Angekommen: Kattegat (GD), Jönsson, Malmoe, leer. Gefegelt: Adele (GD), Brüksfeld, Hiel, Sprit und Getreide. — Rebecca, Ringe, Terneuzen, Holz.

Nichts in Sicht.

Verantwortliche Redactoren: für den politischen Theil und verschiedene Nachrichten: Dr. B. Hermann, — das Feuilleton und Literarische: Dr. Möller, — den lokalen und provinziellen, Garde-, Marine-Theil und den übrigen redaktionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inserentheft: E. B. Klemann, sämmtlich in Danzig.

## Berliner Fondsbörse vom 25. Mai.

Die heutige Börse eröffnete in mäßig fester Haltung und mit zumeist wenig veränderten, aber theilweise etwas besseren Coursen auf speculativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten nicht ungünstig, boten aber geschäftliche Anregung in keiner Beziehung dar. Hier entwickelte sich das Geschäft sehr ruhig und nur vereinzelte Papiere hatten belangreichere Umsätze für sich. Im weiteren Verlaufe des Verkaufs unterlagen die Course nur geringfügigen Schwankungen, doch gaben die Course bei der mangelnden Kauflust vielfach etwas nach, ohne daß das Angebot dringender hervortrat. Der Kapitalsmarkt erwies sich fest für heimische solide Anlagen bei normalem Verkehr, und fremde Fonds und Renten waren im allgemeinen behauptet und ruhig; russische

Anleihen nach festerer Eröffnung etwas abgeschwächt. Der Privatdiscont wurde mit 1 1/3 % S. notirt und Geld zu Prolongationszwecken mit ca. 1 1/3 % gegeben. Auf internationalem Gebiet fehlten österreichische Creditactien fast ein und schlossen nach einer kleinen Abschwächung wieder fest; Franzosen matter, Lombarden und andere österreichische Bahnen behauptet. Galizier schwach; Warschau-Wien lebhafter und etwas besser. Irlandische Eisenbahnen wenig verändert. Bankactien ziemlich behauptet. Industriepapiere fest und vereinzelt lebhafter. Montanwerthe bestätigt, aber ruhig.

Deutsche Fonds.		Russ. 3. Orient-Anleihe		Russ. 5. Anleihe	
Deutsche Reichs-Anleihe	4	107,90	5	52,10	
do.	3 1/2	102,30	do.	52,70	
Konsolidirte Anleihe	4	107,90	do.	84,25	
do.	3 1/2	103,10	Russ. Poln. Schak-Obl.	4	82,58
Staats-Schuldscheine	3 1/2	101,00	Polln. Liquidat.-Pfdbr.	4	46,30
Ostpreuß. Prov.-Oblig.	4	102,38	Italienische Rente	5	96,80
Westpr. Prov.-Oblig.	4	100,40	Rumänische Anleihe	5	104,00
Landes-Centr.-Pfdbr.	4	102,40	do. fundirte Anl.	5	100,25
Ostpreuß. Pfandbriefe	3 1/2	106,90	do. amort.	5	91,60
Pomm. Pfandbr.	3 1/2	100,70	Türk. Anleihe von 1866	1	14,20
do.	4	101,50	Gerstäbische Gold-Pfdbr.	5	83,00
Posenische neue Pfdbr.	4	102,50	do. Rente	5	80,10
do.	3 1/2	100,10	do. neue Rente	5	80,50
Westpreuß. Pfandbriefe	3 1/2	100,80			
do. neue Pfandbr.	3 1/2	100,00			
Pomm. Rentenbriefe	4	104,70			
Polenische do.	4	104,70			
Preußische do.	4	105,00			

Ausländische Fonds.		Lotterie-Anleihen.		Hypotheken-Pfandbriefe.	
Deutsch. Soldrente	4	88,25	Bah. Präm.-Anl. 1867	4	136,10
Deutsch. Papier-Rente	5	—	Baier. Prämien-Anleihe	4	137,90
do.	4 1/2	63,40	Braunsch. Pr.-Anleihe	—	97,75
do. Silber-Rente	4 1/2	64,60	Goth. Präm.-Pfandbr.	3 1/2	187,50
Ungar. Cilebn.-Anleihe	5	100,60	Hamburg. 50cr.-Loose	3	140,30
do. Goldrente	4	68,10	Röin-Mind. Pr.-G.	3 1/2	136,00
Ung. Ost-Br. 1. Em.	5	78,40	Lübecker Präm.-Anleihe	3 1/2	133,60
Russ. Engl. Anleihe 1870	5	97,80	Deßter. Loose 1854	4	111,00
do. do. do.	1871	91,80	do. Cred.-L. v. 1858	—	291,88
do. do. do.	1872	91,80	do. Loose von 1860	5	111,70
do. do. do.	1873	94,75	do. do. 1884	—	284,50
do. do. do.	1875	86,10	Oldenburger Loose	3	132,70
do. do. do.	1877	98,80	Dr. Präm.-Anleihe 1855	3 1/2	151,40
do. do. do.	1880	78,65	Kaib.-Grat 100cr.-Loose	4	99,20
Russ. Engl. Anleihe 1884	5	105,60	Russ. Präm.-Anl. 1864	5	142,30
do. Rente	1884	83,30	do. do. von 1866	5	128,50
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	51,10	Ung. Loose .....	—	212,00

Eisenbahn-Stamm- und Giamm - Prioritäts-Actien.		Div. 1887.			
Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bh.	4 1/2	115,80	Gachen-Maastricht . . . . .	48,50	—
Pr. Central-Bod.-Cred.	5	115,25	Berl.-Dresd. . . . .	—	
do. do. do.	4 1/2	112,90	Main-Ludwigshafen . . . . .	101,30	4 1/6
do. do. do.	4	104,00	Marienburg-Mlawka-Gt.-A.	58,50	1
do. do. do.	4	102,70	do. St.-Br.	109,10	5
do. do. do.	4 1/2	103,60	Nordhausen-Erfurt . . . . .	—	
do. do. do.	4	102,50	do. St.-Pr.	—	
do. do. do.	3 1/2	97,80	Oppschr. Güldbahn . . . . .	92,80	—
do. do. do.	4	103,25	do. St.-Pr. . . . .	114,30	5
do. do. do.	4 1/2	106,60	Gaaf.-Bahn Gt.-A. . . . .	48,00	1/3
do. do. do.	4	103,75	do. St.-Pr. . . . .	107,40	5
do. do. do.	4	105,90	Stargard-Posen . . . . .	104,50	4 1/2
Poln. landsgeschafft.	5	87,30	Weimar-Gera gar. . . . .	23,40	3
Russ. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	66,50	do. St.-Pr. . . . .	86,60	3

Bank- und Industrie-Actien. 1887		Wilhelmshäfte . . . . .	
Galijsier	80,60	Berliner Rassen-Verein	120,00
Gottthard-Bahn	132,00	Berliner Handelsge. . .	155,40
Frönpr.-Rub.-Bahn	73,30	Berl. Prod. u. Hand.-A.	94,00
Güttich-Limburg	21,50	Bremer Bank	98,10
Deßter.-Fran. Gt.	92,25	Bresl. Diskontobank	94,25
Kordwestbahn	—	Danzer Privatbank	141,25
do. Lit. B.	69,25	Darmstädter Bank	145,00
Reichenb.-Pardub. . .	—	Deutsche Genossensch.-B.	125,75
do. St.-Pr. . . . .	114,80	do. Bank . . . . .	159,30
do. Südw.-S. . . . .	52,70	do. Effekten u. M.	116,00
do. Südw.-Lomb. . . . .	—	do. Reichsbank	137,00
do. Südw.-Lomb. . . . .	35,40	do. Hypoth.-Bank	106,10
Marischau-Wien . . . . .	145,25	Disconto-Command.	192,60
		Gothaer Gründcr.-Bh.	62,00
		Hamb. Commer.-Bank	127,00
		Hannöversche Bank	113,00
		Königs- u. Laurahütte	—
		Stolberg. Bank	37,50
		do. St.-Pr. . . . .	113,0
		Victoria-Hütte . . . . .	—
Wechsel-Cours vom 25. Mai.		Amsterdam . . . . .	
		8 Zs.	2 1/2 168,55
		do. . . . .	2 Mon. 2 1/2 168,00
		London . . . . .	8 Zs. 3 Mon. 20,35
		do. . . . .	3 Mon. 3 20,29
		Paris . . . . .	8 Zs. 2 1/2 80,55
		Brüssel . . . . .	8 Zs. 2 1/2 80,40
		do. . . . .	2 Mon. 2 1/2 80,10
		Wien . . . . .	8 Zs. 4 160,75
		do. . . . .	2 Mon. 4 160,05
		London . . . . .	8 Zs. 3 Mon. 20,35
		do. . . . .	3 Mon. 5 189,10
		Warschau . . . . .	8 Zs. 3 Mon. 5 187,70
Discont der Reichsbank 3 %.		Dukaten . . . . .	
		122,75	9
		113,75	6
Sorten.		20-Francs-Gt. . . . .	
		—	—
Dollar . . . . .		Imperials per 500 Gr. . . . .	
		—	—
Dollar . . . . .		Dollar . . . . .	
		—	—
Englische Banknoten . . . . .		20,38	
		—	—
Französische Banknoten . . . . .		80,60	
		—	—
Deutsche Baugesellschaft . . . . .		160,85	
		89,25	35/6
Englische Banknoten . . . . .		170,15	
		171,75	9 1/2
Österreicherische Banknoten . . . . .			